# Kerstin Brückweh/Martina Steber

# Aufregende Zeiten

Ein Forschungsbericht zu Neuansätzen der britischen Zeitgeschichte des Politischen<sup>1</sup>

Aufregende historiografische Zeiten seien das für die britische Politikgeschichte, meinte der Historiker Steven Fielding vor Kurzem.<sup>2</sup> Denn während sich in Deutschland Historikerinnen und Historiker seit einigen Jahren über Sinn und Zweck einer »Neuen Politikgeschichte«3, einer »Kulturgeschichte des Politischen«4 oder einer »Politischen Kulturgeschichte«<sup>5</sup> streiten, suchen ihre Kollegen in Großbritannien nach Konzepten einer »new political history«. Diese Diskussionen sind bisher zumeist im nationalen Rahmen verblieben und haben die territorialen Grenzen nur selten überschritten – allen Rufen nach transnationalen Perspektiven in beiden Ländern zum Trotz.<sup>6</sup> Der vorliegende Forschungsbericht wirft aus der deutschsprachigen Diskussion kommend einen Blick auf die briti-

<sup>1</sup> Für ihre kritische Lektüre danken die Autorinnen Andreas Gestrich, Rüdiger Graf, Kim Priemel, Michael Schaich und Elke Seefried sowie den Redaktionsmitgliedern des AfS.

Steven Fielding, Looking for the >New Political History<, in: Journal of Contemporary History 42, 2007, S. 515-524, hier: S. 515.

<sup>3</sup> Siehe zum Beispiel Ute Frevert, Neue Politikgeschichte, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hrsg.), Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch, Göttingen 2002, S. 152-164; dies./ Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 7-26.

<sup>4</sup> So zum Beispiel Achim Landwehr, Diskurs - Macht - Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen, in: Archiv für Kulturgeschichte 85, 2003, S. 71–117; Barbara Stollberg-Rilinger (Hrsg.), Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? (ZHF, Beiheft 35), Berlin 2005. Mit etwas anderem Titel »Kulturgeschichte der Politik« und differierendem Zuschnitt Thomas Mergel, Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der Politik, in: GG 28, 2002, S. 574–606; ebenfalls zurückgreifend auf die Formulierung »Kulturgeschichte der Politik«, aber kritisch gegenüber Mergel, Stollberg-Rilinger und Landwehr vgl. Andreas Rödder, Klios neue Kleider. Theoriedebatten um eine Kulturgeschichte der Politik in der Moderne, in: HZ Bd. 283, 2006, S. 657-688; zur Begriffsgeschichte von »Politik« vgl. Willibald Steinmetz (Hrsg.), »Politik«. Situationen eines Wortgebrauchs im Europa der Neuzeit, Frankfurt am Main/New York 2007.

Thomas Nicklas, Macht - Politik - Diskurs. Möglichkeiten und Grenzen einer Politischen Kul-

turgeschichte, in: Archiv für Kulturgeschichte 86, 2004, S. 1–25. Vgl. *Colin Hay*, How to Study the Labour Party: Contextual, Analytical and Theoretical Issues, in: John Callaghan/Steven Fielding/Steve Ludlam (Hrsg.), Interpreting the Labour Party. Approaches to Labour Politics and History, Manchester University Press, Manchester/New York 2003, 210 S., brosch., 14,99 £, S. 182–196, hier: S. 194; Susan Pedersen, What is Political History Now, in: David Cannadine (Hrsg.), What is History Now?, New York 2002, S. 36-56, hier: S. 47-50 und 52; für vergleichende Ansätze vgl. zum Beispiel die Bielefelder Konferenz »Political History: Recent Trends in International Perspective«, dazu: Verena Steller, Tagungsbericht »Political History: Recent Trends in International Perspective«, 10.12.2009 bis 12.12.2009, Bielefeld, in: H-Soz-u-Kult, 27.2.2010, URL: <a href="http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/">http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/</a> id=3011> [15.4.2010]; ebenso hatte die Summerschool »New Approaches to Political History. Writing British and German Contemporary History« des DHI London im September 2009 es sich zur Aufgabe gemacht, einen solchen Austausch zu fördern. Vgl. Heidi Mehrkens, Tagungsbericht »New Approaches to Political History. Writing British and German Contemporary History«, 7.9.2009 bis 12.9.2009, London, in: H-Soz-u-Kult, 19.3.2010, URL: <a href="http://hsozkult.geschichte.">http://hsozkult.geschichte.</a> hu-berlin.de/tagungsberichte/id=3048> [15.4.2010]; vgl. auch Luise Schorn-Schütte, Historische Politikforschung. Eine Einführung, München 2006.

sche Zeitgeschichte des Politischen, womit auch zu einer stärkeren Vernetzung der Debatten beigetragen werden soll. Dem Aufsatz liegt ein dynamisches Verständnis von Politik zugrunde. Es wird davon ausgegangen, dass das, was als politisch bezeichnet wird, ständig neu ausgehandelt wird. Daher rücken sowohl diskursive wie praktische Grenzziehungen zwischen dem, was zu einer Zeit als politisch verstanden wird, und dem, was als unpolitisch abgelehnt wird, in den Mittelpunkt des Interesses.<sup>7</sup>

Angeregt von diesen methodischen Überlegungen hat sich für die Forschung ein weites Feld von Themen eröffnet, auf dem diese Annahmen erprobt wurden und werden. Während die aktuellen Debatten um eine Geschichte des Politischen in Deutschland vor allem um die symbolische Dimension von Politik, um die Grenzen des politischen Raums sowie um die Bedeutung und Funktionsfähigkeit des modernen Staats und seiner Institutionen kreisen, konzentrieren sie sich in Großbritannien unter anderem auf die Frage nach der sozialen Basis von Politik in der sich rapide wandelnden Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Die Zeitgeschichte erweist sich dabei für die Neukonzeptualisierung der Geschichte des Politischen als besondere Herausforderung, nicht zuletzt weil die Dynamik des Wandels auch eine Neuvermessung des politischen Raums implizierte. Das ihr zugrunde liegende dynamische Verständnis des Politischen fordert dabei einerseits zur Integration von Themenbereichen wie etwa »Emotion« oder »Religion« heraus, die bislang kaum als Gegenstand der Geschichte des Politischen verstanden wurden. Andererseits werden etablierte Themen (zum Beispiel Staat, Parteien oder die Kategorie der Macht) unter neuen Fragestellungen und in geweiteter Perspektive betrachtet.<sup>10</sup> Die neuere Forschung versteht zudem sowohl in Großbritannien als auch in Deutschland Gesellschaft und Politik als vernetzte Sphären und interessiert sich vor diesem Hintergrund etwa für politisches Handeln in der Konsumgesellschaft. 11 Schließlich betont die Zeitgeschichte des Politischen

<sup>7</sup> Vgl. Willibald Steinmetz, Neue Wege einer historischen Semantik des Politischen, in: ders., »Politik«, S. 9–40, hier: S. 15.

<sup>8</sup> Wann die Zeitgeschichte beziehungsweise die »contemporary history« ›beginnt«, ist dabei durchaus umstritten. Siehe zum Beispiel: Themenheft »Zeitgeschichtsforschung« (Aus Politik und Zeitgeschichte B 1–2, 2005); *Michael Gehler*, Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 51–52, 2002, S. 23–35; *Alexander Nützenadel/Wolfgang Schieder* (Hrsg.), Zeitgeschichte als Problem. Nationale Traditionen und Perspektiven der Forschung in Europa, Göttingen 2004; darin zum Beispiel *Detlev Mares*, Too Many Nazis? Zeitgeschichte in Großbritannien, S. 129–148; darüber hinaus *Margit Szöllösi-Janze*, Wissensgesellschaft – ein neues Konzept zur Erschließung der deutsch-deutschen Zeitgeschichte?, in: *Hans Günther Hockerts* (Hrsg.), Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts, München 2004, S. 277–305; *Lutz Raphael*, Die Verwissenschaftlichung des Sozialen als methodische und konzeptionelle Herausforderung für eine Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, in: GG 22, 1996, S. 165–193; *Jane Caplan*, Contemporary History. Reflections from Britain and Germany, in: History Workshop Journal Bd. 63, 2007, S. 230–238; *Paul Addison/Harriet Jones* (Hrsg.), A Companion to Contemporary Britain 1939–2000, Oxford 2007.

<sup>9</sup> Vgl. *Birgit Aschmann* (Hrsg.), Gefühl und Kalkül. Der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart 2005; *Mark Garnett*, From Anger to Apathy. The British Experience since 1975, London 2007; *Hugh McLeod*, The Religious Crisis of the 1960s, Oxford/New York 2007; *Friedrich Wilhelm Graf/Klaus Groβe Kracht* (Hrsg.), Religion und Gesellschaft. Europa im 20. Jahrhundert, Köln/Weimar etc. 2007; *Friedrich Wilhelm Graf/Lutz Raphael* (Hrsg.), Christian Churches and Religion in the 20th Century (Themenheft des Journal of Modern European History 3, 2005, H. 2).

<sup>10</sup> Vgl. Eckart Conze, Abschied von Staat und Politik? Überlegungen zur Geschichte der internationalen Politik, in: ders./Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hrsg.), Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin, Köln 2004, S. 15–43; Mergel, Überlegungen; Rödder, Klios neue Kleider; Landwehr, Diskurs.

<sup>11</sup> Vgl. zum Thema Konsum *Sheryl Kroen*, A Political History of the Consumer, in: The Historical Journal 47, 2004, S. 709–736; *Frank Trentmann*, Citizenship and Consumption. Introduc-

die Bedeutung von Gewalt, Sicherheit und Transnationalisierung in einer zunehmend globalisierten Welt. <sup>12</sup>

Aus der Vielzahl der möglichen Themen wurden für den vorliegenden Bericht zwei Forschungsfelder ausgewählt, die ins Zentrum der britischen Debatten über eine erneuerte Politikgeschichtsschreibung führen und die im Sinne des skizzierten dynamischen Politikverständnisses das Nachdenken über die Grenzen einer Geschichte des Politischen anregen sollen. Zum einen wird die jüngste Geschichtsschreibung zu den britischen Parteien seit 1945 vorgestellt, von der wichtige methodische Impulse für eine Zeitgeschichte des Politischen ausgingen. Zum anderen wird die Diskussion um die Kategorie »class« aufgegriffen, die zentral für die Sozialgeschichte, zugleich aber auch mit der Entwicklung der »new political history« eng verbunden ist. Die Arbeiten und Diskussionen, die in Großbritannien unter diesem Etikett zusammengefasst werden, haben sich in enger Auseinandersetzung mit der britischen, marxistisch geprägten »social history« entfaltet und sind zumeist als Gegenentwurf verstanden worden – und dies obschon sie häufig von der Kategorie »class« in ihren verschiedensten Ausprägungen ausgegangen waren und sich auf dieselben Autoren (zum Beispiel Gareth Stedman Jones oder Patrick Joyce) bezogen hatten.

Das methodische Experimentieren im Rahmen der Geschichte des Politischen entwickelte sich in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren zunächst in Auseinandersetzung mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Die Zeitgeschichtsforschung nahm diese Impulse erst einige Jahre später auf und verband sie mit den ihr eigenen Fragestellungen und Methoden. Als Dror Wahrman 1996 für die Zeitschrift »Social History« Monografien von Margot C. Finn, James Vernon, James Epstein und Patrick Joyce rezensierte, fasste er sie aufgrund der theoretischen und methodischen Prämissen, die sie teilten, in Analogie zu Lynn Hunts »new cultural history« unter dem Begriff der »new political history« zusammen. 14 Unter diesem Label firmierten die politikgeschichtlichen Neuansätze zur briti-

tion, in: Journal of Consumer Culture 7, 2007, S. 147–158; *ders.*, The Long History of Contemporary Consumer Society. Chronologies, Practices, and Politics in Modern Europe, in: AfS 49, 2009, S. 107–128; *Martin Daunton/Matthew Hilton* (Hrsg.), The Politics of Consumption. Material Culture and Citizenship in Europe and America, Oxford / New York 2001; vgl. auch Roberta Sassatellis Darstellung im »textbook«-Format: *Roberta Sassatelli*, Consumer Culture. History, Theory and Politics, Sage Publications, Los Angeles/London etc. 2009 (zuerst 2007), 248 S., kart., 21,99 £.

<sup>12</sup> Vgl. Eckart Conze, Sicherheit als Kultur. Überlegungen zu einer »modernen Politikgeschichte« der Bundesrepublik Deutschland, in: VfZ 53, 2005, S. 357–380; Harriet Jones, The Impact of the Cold War, in: Addison/Jones, Companion, S. 23–41; Wilhelm Heitmeyer/John Hagan (Hrsg.), Internationales Handbuch der Gewaltforschung, Wiesbaden 2002; Jürgen Osterhammel, Geschichte der Globalisierung. Dimensionen – Prozesse – Epochen, München 2003; Gunilla Budde/Oliver Janz/Sebastian Conrad (Hrsg.), Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006; Michael Werner/Bénédicte Zimmermann, Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen, in: GG 28, 2002, S. 607–636; Patricia Clavin, Defining Transnationalism, in: Contemporary European History 14, 2005, S. 421–439.

<sup>13</sup> Diese Themenwahl entspricht zudem den aktuellen Arbeitsschwerpunkten der Autorinnen innerhalb des Forschungsprofils »Geschichte des Politischen« am Deutschen Historischen Institut London: Martina Steber arbeitet zur Geschichte des deutschen und britischen Konservatismus in den 1960er und 1970er Jahren, Kerstin Brückweh zur Geschichte britischer Selbstbeobachtungen in Volkszählungen und Umfragen von 1801 bis heute.

<sup>14</sup> Dror Wahrman, The New Political History. A Review Essay, in: Social History 21, 1996, S. 343–354, hier: S. 344; der Begriff hat sich daher unabhängig von der amerikanischen »new political history« entwickelt, die Ende der 1960er Jahre entstanden war und sich vor allem auf die Auswertung statistischer Datenreihen gestützt hatte; vgl. Philip R. Vandermeer, The New Political History. Progress and Prospects, in: Georg G. Iggers/Harold T. Parker (Hrsg.), Interna-

schen Geschichte des 19. Jahrhunderts fortan, auch wenn ihre Protagonistinnen und Protagonisten andere Selbstbezeichnungen vorzogen: James Vernon zunächst »new cultural history of the meanings of politics«<sup>15</sup> und später »cultural history of politics«<sup>16</sup>, James Epstein »new history of political culture«<sup>17</sup> und Catherine Hall, Keith McClelland und Jane Rendall »cultural history of British politics«.<sup>18</sup> Oft werden sie als »postmodern«, »post-structuralist« oder »revisionist« gekennzeichnet.<sup>19</sup> Tatsächlich sind diese Neuansätze als Antworten britischer Historikerinnen und Historiker auf die Herausforderungen der postmodernen und poststrukturalistischen, vornehmlich französischen Philosophie zu verstehen, mit deren Prämissen sich einige von ihnen Anfang der 1990er Jahre in ihren Arbeiten intensiv auseinanderzusetzen begannen.<sup>20</sup>

Zwei Impulse waren ausschlaggebend für die Neuinterpretation der britischen Geschichte des mittleren und ausgehenden 19. Jahrhunderts. Zum einen verabschiedeten die Historikerinnen und Historiker die Vorstellung von stabiler Individualität und der Beständigkeit des Subjekts. Stattdessen gingen sie von der Fluidität von Subjektivität aus und setzen voraus, dass das Individuum sich stets neu in Kollektivitäten wie »die Klasse«, »die Nation« oder »die Menschheit« einschreibe, die wiederum sprachlich vermittelt und dazu in sich selbst instabil seien. Dies hatte zur Folge, dass die Kategorie der Identität in den Mittelpunkt des Forschens rückte. Es wurden die Aushandlungsprozesse sowohl individueller als auch kollektiver Identitäten untersucht, deren Prägung die »new political historians« durch Rhetoriken von Inklusion und Exklusion genauso bestimmt sahen wie durch lokale Kulturen oder den Diskurs dominierende Narrative wie »nation«, »gender«, »race« oder »class«. Impulsgebend für diese Aufmerksamkeit für Sprache, Ideen und Diskurse waren vor allem Gareth Stedman Jones' Arbeiten zum Chartismus und die nachfolgenden Ansätze des »linguistic turn«, die der »new political history« fortan als wichtiger Referenzpunkt dienten. Außerdem stellte die postmoderne Vorstellung

tional Handbook of Historical Studies. Contemporary Research and Theory, Westport/London 1979, S. 87–108.

<sup>15</sup> James Vernon, Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815–1867, Cambridge 1993, S. 6.

<sup>16</sup> Ders., What is a Cultural History of Politics, in: History Workshop Journal Bd. 52, 2001, S. 261–265.

<sup>17</sup> James Epstein, Introduction. New Directions in Political History, in: The Journal of British Studies 41, 2002, S. 255–258, hier: S. 255.

<sup>18</sup> Catherine Hall/Keith McClelland/Jane Rendall, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Defining the Victorian Nation. Class, Race, Gender and the British Reform Act of 1867, Cambridge 2000, S. 1–70, hier: S. 23.

<sup>19</sup> Vgl. Steven Fielding, Rethinking the >Rise and Fall< of Two-Party Politics, in: Addison/Jones, Companion, S. 351–370; Hall/McClelland/Rendall, Introduction; Lawrence Black, >What kind of people are you?<. Labour, the People and the >new political history<, in: Callaghan/Fielding/Ludlam, Interpreting, S. 23–38.

<sup>20</sup> Vgl. *Hall/McClelland/Rendall*, Introduction, S. 20–29.

<sup>21</sup> Vgl. zusammenfassend ebd., S. 22.

Vgl. Patrick Joyce, Democratic Subjects. The Self and the Social in Nineteenth-Century England, Cambridge 1994; Vernon, Politics and the People; ders. (Hrsg.), Re-reading the Constitution. New Narratives in the Political History of England's Long Nineteenth-Century, Cambridge 1996; Hall/McClelland/Rendall, Defining the Victorian Nation; Jon Lawrence, Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914, Cambridge 1998; James Epstein, In Practice. Studies in the Language and Culture of Popular Politics in Modern Britain, Stanford 2003.

<sup>23</sup> Vgl. Gareth Stedman Jones, Languages of Class. Studies in English Working Class History 1832–1982, Cambridge 1983; zu seinem Einfluss auf die »new political history« vgl. Jon Lawrence/Miles Taylor, The Poverty of Protest. Gareth Stedman Jones and the Politics of Language. A Reply, in: Social History 18, 1993, S. 1–15.

des Individuums den einfachen Rückschluss von sozioökonomischer Lebenssituation und somit von individueller »Klassenlage« auf politische Identität infrage.

Mit der Rezeption der philosophischen Theorien der Postmoderne und des Poststrukturalismus gingen zum anderen die Abwendung von der Modernisierungstheorie und das Ende des Glaubens an das Projekt der Moderne einher. Die Vertreter der »new political history« griffen etablierte linear-progressive Narrative und Chronologien der britischen Geschichte des 19. Jahrhunderts an, zuvorderst die »große Erzählung« der stetigen Entwicklung hin zu Demokratie und Klassenkonflikt. »Seeing change as linear and progressive leads naturally to the assumption that inexorable external forces are at work, rooted in society and economy, and that the fortunes of political parties are determined largely by developments at this >deeper< level.«<sup>24</sup> Parteien seien nicht allein Vehikel, durch die ewig bestehende soziale Gruppen ihren politischen Ausdruck fänden, fasste Jon Lawrence diese fundamentale Kritik zusammen. Die Vertreter und Vertreterinnen der »new political history« wiesen einerseits auf die Bedeutung einheitsstiftender Narrative hin, vor allem von with nation«, with constitution« und with people«, die sich die Zeitgenossen individuell aneignen konnten. Andererseits stellten die Autoren und Autorinnen die aktive Rolle der politisch Agierenden heraus, die über Sprache und politisches Handeln gesellschaftlichen Wandel zu gestalten vermochten. Wahrman hob daher die Überzeugung der »new political historians« von der relativen Autonomie der Politik (»relative autonomy of politics«) in Abgrenzung zu Modellen hervor, die politisches Handeln in Abhängigkeit von wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Faktoren konzipierten.<sup>25</sup>

James Epstein hat es denn auch als das Kardinalprinzip der »new political history« bezeichnet, dass sie Politik nicht auf ökonomische und soziale Determinanten reduziert versteht. Den diesem Ansatz verbundenen Historikern und Historikerinnen geht es vielmehr um die Produktion und Rezeption von Bedeutung, um Repräsentation und die symbolische Einbettung von Kommunikation auch über den sprachlichen Ausdruck hinaus. Dabei betonen sie den performativen Aspekt von Politik, der es ihnen ermöglicht, Macht als Teil von Kultur zu verstehen und damit sensibel für Ungleichheit zu bleiben. Allerdings wird Ungleichheit nicht auf soziale Lagen reduziert, sondern ihre Bedingtheit durch weitere Phänomene betont: Durch »gender«, »race« oder die sprachliche Fähigkeit, am Diskurs teilzunehmen.

Die Neuansätze zeichnen sich somit durch eine Weitung dessen aus, was als politischer Raum definiert wird. Nicht mehr in den institutionalisierten Zentren politischer Macht in Whitehall und in den Spitzen der Parteiorganisationen wird »Politik« verortet, vielmehr werden diese als Teil eines dynamischen politischen Raums verstanden, der durch Repräsentation und Aushandlungsprozesse gekennzeichnet ist. Damit löst sich, wie etwa Jon Lawrence betont, die Distinktion »high« und »low politics« beziehungsweise »high« und »popular politics« auf, die Teile der britischen Politikgeschichtsschreibung bis heute prägt. Die Autoren sprechen daher von »political culture«, um ihren geweiteten Blick auf das Politische auf den Begriff zu bringen. Und nicht zuletzt sehen sie das Politische selbst als Kategorie, die einer ständigen Neukonstruktion unterworfen und daher als solche genuin historisch zu fassen ist. 28

Allerdings wäre es falsch, ein zu einheitliches Bild der »new political history« zu zeichnen. Zwischen ihren Vertreterinnen und Vertretern bestehen Differenzen, die in erster Linie die Frage nach der Bedeutung materieller Faktoren für politisches Denken und Han-

<sup>24</sup> Lawrence, Speaking, S. 267.

<sup>25</sup> Vgl. explizit Epstein, In Practice, S. 9 f.

<sup>26</sup> Epstein, Introduction, S. 255.

<sup>27</sup> Vgl. Lawrence, Speaking, S. 61.

<sup>28</sup> Vgl. *Vernon*, Re-reading, S. 21; *ders.*, What is a Cultural History of Politics, in: History Workshop Journal Bd. 52, 2001, S. 261–265, hier: S. 265.

deln betreffen. Angelpunkt der Diskussion ist die Konzeption von »class« als historiografische Größe. Während Patrick Joyce und James Vernon historische Wirklichkeit allein über Sprache konstituiert sehen und für Joyce »the whole Marxist project« folglich allein Narrativ ist²9, bleiben vor allem Catherine Hall, Keith McClelland und Jane Rendall einer materialistischen Sicht bis zu einem gewissen Grad verhaftet.³0 Auch James Epstein hebt hervor, wie sehr die Produktion von Bedeutung von der kulturellen und sozialen Situation, vom Kontext, abhängig ist, und wirbt für den Erhalt einer »qualified notion of class for understanding nineteenth-century popular politics«.³¹ Ebenso plädiert Jon Lawrence nicht für den Abschied von materialistischen Interpretationen, sondern für ihre Verfeinerung: »The challenge [...] is to develop truly non-reductionist and non-teleological ways of understanding this relationship between material life and popular politics.«³² Die Diskussion um die »new political history« ist also keineswegs abgeschlossen. Belebt wird sie seit Mitte der 1990er Jahre durch die Zeitgeschichtsforschung, die diese Impulse aufgenommen und sich die Neuansätze in spezifischer Weise angeeignet hat.

Über die für diesen Forschungsbericht gewählten Themenfelder lässt sich die skizzierte Debatte gezielt einfangen: Da sich die »new political history« in enger Auseinandersetzung mit Prämissen der britischen »social history« und vor allem im Rahmen der Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung entwickelte, stand und steht das Nachdenken über die Kategorie »class« in ihrem Zentrum (I). Explizit als »new political history« versteht sich eine erneuerte Parteiengeschichtsschreibung, auf die daran anschließend eingegangen werden wird (II). Sie wurde durch die methodischen Anfragen der Forschung zum 19. Jahrhundert sehr direkt herausgefordert. Forschungen zu den Parteien und zu verschiedenen Konzepten von »class« verbindet man mit den deutschen politikhistorischen Neuaufbrüchen, insbesondere in der Zeitgeschichte, kaum. Umso spannender kann ein Blick in die britische Forschungslandschaft sein, über deren Potenziale für die deutsche Forschung abschließend nachgedacht werden soll (III).

### I. »CLASS« UND DIE GESCHICHTE DES POLITISCHEN

»It is widely believed, both in Britain and abroad, that the British are obsessed with class.«<sup>33</sup> Anders als in Deutschland verorten Britinnen und Briten sich selbst und andere bis heute aufgrund von Kleidungsstil, Wohnort, Sprache, Beruf, Parteienbindung, Musikvorlieben und vielem mehr in den »upper, middle or working classes«. »Klasse« und »class« haben nur eine geringe Überschneidungsmenge und auch »Schicht« oder »Milieu« sind keine adäquaten Übersetzungen. Denn »class« ist Teil des britischen Alltags und scheint sogar so selbstverständlich, dass sich kaum jemand darum bemüht, zu definieren, was unter dem Begriff verstanden wird. »Crisp definitions of social class rarely appear«<sup>34</sup>, fasste ein britischer Soziologie 1977 zusammen. Trotzdem wird »class« unter anderem auch in der britischen Sozialforschung verwendet und bereitet aufgrund der fehlenden einheitlichen Definition durchaus Probleme: So wurden in den 1980er Jahren 400 Menschen von Marktforscherinnen befragt und nach einem vorher festgelegten Schema »social classes« zugeteilt; als diese 400 Personen nach zehn Monaten noch einmal interviewt wurden, wurden

<sup>29</sup> Joyce, Democratic Subjects, S. 159.

<sup>30</sup> Vgl. Vernon, What is a Cultural History.

<sup>31</sup> Vgl. Epstein, In Practice, S. 10 f.

<sup>32</sup> Lawrence, Speaking, S. 40; vgl. dazu James Vernon, Review of »Speaking for the People. Party, Language and Popular Politics in England, 1867–1914«, Review No. 69, in: Reviews in History, URL: <a href="http://www.history.ac.uk/reveiws/review/69">http://www.history.ac.uk/reveiws/review/69</a> [7.4.2010].

<sup>33</sup> David Cannadine, Class in Britain, London 2000 (zuerst 1998), S. ix.

<sup>34</sup> Ivan Reid, Social Class Differences in Britain. A Sourcebook, London 1977, S. 15.

41% innerhalb desselben Schemas anders klassifiziert. <sup>35</sup> Jeder glaubt zu wissen, was »class« bedeutet, und dennoch versteht jeder etwas anderes darunter – oder in den Worten eines britischen Marktforschers ausgedrückt:

»Social class is a concept readily understood by the average man, but is relatively difficult to define. [...] In recognising that social class is not a simple factor, but an amalgam of factors that operate in different ways in different circumstances, such a person has arrived at the same view as the professional sociologist.«<sup>36</sup>

Kurzum: »Class« wird in Wissenschaft und Alltag verwendet und ist Begriff, Konzept, Kategorie, Phänomen, Referenzpunkt, Abgrenzungsmöglichkeit, Kampfvokabel und vieles mehr. Einheitliche Definitionen gibt es weder im Alltag noch in der Wissenschaft und trotzdem wird »class« häufig verwendet und ist sehr wirkmächtig. Für die Geschichte des Politischen (und nur um diese Perspektive geht es hier) können drei Funktionen unterschieden werden: »Class« ist erstens historiografisch von Bedeutung als Untersuchungsgegenstand und als analytische Kategorie zur Erklärung von historischen Phänomenen, »class« fungiert zweitens als Modus individueller und kollektiver Selbstbeschreibung und somit als Abgrenzungsmechanismus gegenüber anderen sozialen und politischen Gruppen und Schichten und »class« ist drittens eine grundlegende statistische Kategorie zur Klassifikation der Gesellschaft in der angewandten Sozialforschung. Historiografisch hat die Kategorie in den letzten Dekaden einen weiten Weg zurückgelegt. Mit der Durchsetzung der »social history«, die sich vor allem in den 1960er und 1970er Jahren nicht zuletzt in Abgrenzung zur Politikgeschichte etablierte, rückte »class« ins Zentrum der geschichtswissenschaftlichen Diskussion. Daran hat sich seit den 1980er Jahren einiges geändert: Im Jahr 2002 stellte Susan Pedersen fest, dass kein Trend die britische Geschichtsschreibung seit 1980 so stark geprägt habe wie die Abkehr von der »class«-Kategorie sowohl als Untersuchungsgegenstand als auch als Erklärungsmöglichkeit.<sup>37</sup> Allerdings war jene Abkehr nicht so vollständig, wie von Pedersen nahegelegt. Vielmehr wurden in den letzten Jahren vermehrt gemäßigte Zwischenpositionen formuliert, wobei sich auch der Fokus und die Analyseperspektiven von einzelnen Autoren verschoben. So stellte ein Rezensent zu David Cannadines Buch »Class in Britain« (1998) fest: »There seem to be two Cannadines – one the historian of what may be called class on the ground, class in real terms, and now the historian of what may be called class in the head.«38 Historische Perspektiven sind immer vom subjektiven Standpunkt abhängig, was in besonderem Maße für das Arbeiten mit der »class«-Kategorie zutrifft. Denn »class« ist eine von mehreren Möglichkeiten der Selbstbeschreibung und der (politischen) Identität eben auch von Historikern. Diese Identität kann sich entwickeln oder radikal ändern, insbesondere dann, wenn diese Historiker, die zumeist männlich, weiß und westlich geprägt waren, von Konzepten wie »gender« und »race« zunehmend herausgefordert wurden.

»Class« als analytische Kategorie und ihre Historiografie<sup>39</sup>

Was verstehen Historiker, die zu »class« arbeiten, unter Politik? Im Jahr 1998 betonte der Historiker Ross McKibbin in seinem Buch »Classes and Cultures. England 1918–1951«,

<sup>35</sup> Sarah O'Brien/Rosemary Ford, Can We at Last Say Goodbye to Social Class? An Examination of the Usefulness and Stability of Some Alternative Methods of Measurement, Conference Paper presented at The Market Research Society's 31st Annual Conference, Metropole Hotel, Brighton 1988, British Library London.

<sup>36</sup> Donald Monk, Social Grading on the National Readership Survey, London 1970, S. 4.

<sup>37</sup> Pedersen, What is Political History Now, S. 40.

<sup>38</sup> David Spring, Review. The Rise and Fall of Class in Britain by David Cannadine, in: Albion 31, 1999, S. 531–532.

<sup>39</sup> Dieser Teil strebt keine umfassende Darstellung an, es sollen vielmehr die relevanten Punkte für die Geschichte des Politischen dargestellt werden.

dass dieses »formale Politik« nicht behandele: »But it is a political book; it is, in fact, probably more a book about the social and ideological foundations of English politics than anything else.«<sup>40</sup> David Cannadine stellte 1998 ebenfalls am Anfang seines Buches »Class in Britain« klar, dass es sich nicht um politische Geschichte im Sinne von »ministerial manoeuvring and government administration« handele.<sup>41</sup> »Class«-Historiker lehnten somit sehr deutlich die Beschäftigung mit »high politics« ab, beanspruchten aber gleichzeitig, politische Geschichte zu schreiben. Sie grenzten sich einerseits von einer traditionellen Politikgeschichte ab, markierten aber andererseits ihre Position im Rahmen der Diskussionen innerhalb der »social history« als in neuer Weise politisch. Cannadine bezeichnete sein Buch dezidiert als »social history« und sprach sich doch sogleich gegen frühere Formen dieser Forschungsrichtung aus: Es gehe eben nicht um »the old grand narratives of class formation, class consciousness and class conflict«, sondern vielmehr um eine Geschichte verschiedener Varianten, in denen Briten sich die soziale Welt vorstellten und beschrieben.<sup>42</sup> Die Kenntnis dieser im Folgenden auszuführenden »old grand narratives« der britischen Sozialgeschichtsschreibung ist notwendig, um die Diskussionen über »class« und ihre Bedeutung für die Geschichte des Politischen der letzten Jahre verstehen zu können.

Einen gelungenen Zugriff auf das Thema bietet das 2007 erschienene Buch »Class Struggles« des in den USA ansässigen Großbritannien-Historikers Dennis Dworkin. <sup>43</sup> Gelungen ist es vor allem deshalb, weil Dworkin sich in erster Linie als »intellectual historian« versteht und sich das Schreiben einer »intellectual history of the present that situates the new work on class within its historical context« <sup>44</sup> zum Ziel gesetzt hat. Während Theorien zu »class« bekanntlich seit dem frühen 19. Jahrhundert diskutiert wurden und vor allem durch Karl Marx <sup>45</sup> geprägt waren, setzt Dworkin den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die 1960er und 1970er Jahre und damit auf die Zeit der sogenannten »new social history«.

Die Vorläufer der neuen Sozialgeschichte waren seit den 1930er Jahren damit beschäftigt, diese Forschungsrichtung als Gegenbewegung zur Politikgeschichte zu etablieren. Von George M. Trevelyan, der einer analytischen Geschichtsschreibung kritisch gegenüber stand, stammt dann auch der immer noch viel zitierte Satz, er schreibe eine »history of the people with the politics left out«. <sup>46</sup> Prägend war aber vielmehr Richard H. Tawney, der sich für sozialwissenschaftliche Fragestellungen interessierte und eine stärker ökonomisch begründete Sozialgeschichte propagierte. <sup>47</sup> Seit den 1950er Jahren professionali-

<sup>40</sup> Ross McKibbin, Classes and Cultures. England 1918–1951, Oxford 2000 (zuerst 1998). S. vi.

<sup>41</sup> Cannadine, Class, S. xi.

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> Der Buchtitel hat dabei eine doppelte Bedeutung: »It refers to a key idea in class theory – the Marxist notion of class struggle – while suggesting that it is the concept, rather than what it seeks to describe, that is doing the struggling.«; *Dennis Dworkin*, Class Struggles (History: Concepts, Theories and Practice), Pearson Education, Harlow 2007, 261 S., brosch., 18,99 £, S. 2.

<sup>44</sup> Ebd., S. 8.

<sup>45</sup> Neben Marx ist auch Max Weber für die britische Sozialgeschichte bedeutend; vgl. Richard H. Tawney, Religion and the Rise of Capitalism, London 1926; ebenso für die Sozialwissenschaft, vgl. Rosemary Crompton, Class and Stratification. An Introduction to Current Debates, Cambridge 1993.

<sup>46</sup> Trevelyan bezog sich damit auf die bisherige Historiografie, die vielfach die Gesellschaft ausgeschlossen hatte; sein Satz wird zumeist verkürzt zitiert: »Social history might be defined negatively as the history of a people with the politics left out.«; George M. Trevelyan, English Social History. A Survey of Six Centuries – Chaucer to Queen Victoria, London/New York 1946, S. vii; vgl. David Cannadine, G. M. Trevelyan. A Life in History, London 1993.

<sup>47</sup> Vgl. neben dem bereits genannten Werk auch *Richard H. Tawney*, The Rise of the Gentry, 1558–1640, in: Economic History Review 11, 1941, S. 1–38.

sierte sich die britische Sozialgeschichtsschreibung mit bis heute wichtigen Zeitschriften und Zusammenschlüssen. 48 Ein entscheidender Schub vollzog sich in den 1960er und 1970er Jahren, eben den Dekaden, in denen sich der »cultural Marxism« und seine Anhänger neu definierten. 49 Jetzt entwickelten Soziologen und Historiker (nicht immer im Dialog miteinander) entscheidende Ansätze zu einer differenzierten Analyse von »class«. Zurückgreifend auf Marx war weiterhin eine dualistische Theorie vorherrschend, die auf der Annahme objektiver sozioökonomischer Strukturen einerseits und den Bewusstseinsformen und dem Handeln, das durch diese Strukturen hervorgerufen wurde, andererseits basierte. Während Soziologinnen und Soziologen andere Wege einschlugen (siehe dazu unter anderem »class« als statistische Kategorie), konzentrierten Historikerinnen und Historiker sich nun verstärkt auf Prozesse der »class«-Formation und der damit einhergehenden spezifischen Erfahrung von »class«. Diese Arbeiten, die unter dem Label »new social and labor history« bekannt wurden, waren insbesondere durch Edward P. Thompsons »The Making of the English Working Class« aus dem Jahr 1963 beeinflusst. 50 Mit »new social and labor history« ging eine neue Wertschätzung unterschiedlicher historischer Akteure, vor allem der »working class«, einher. Wichtig waren hier nicht zuletzt die Arbeiten von Eric Hobsbawm, so zum Beispiel das 1964 erschienene Buch »Labouring Men. Studies in the History of Labour«. 51 Der Fokus änderte sich in der Folgezeit erneut, vor allem seit den 1990er Jahren zeigte sich eine vermehrte Aufmerksamkeit für die »middle class«. Zwar hatte sich die allgemeine Geschichtsschreibung, insbesondere in Biografien, schon vorher für einzelne »große Männer« aus der »middle class« interessiert, aber die »social historians« richteten ihren Blick auf die Bevölkerungsschicht zwischen der »working« und der »upper class« erst jetzt. Das kam nicht von ungefähr, stellte sie sich doch als wenig homogene Gruppe heraus.<sup>52</sup> Daher wurden immer wieder die großen Unterschiede innerhalb dieser Schicht betont und von mehreren »middle classes« gesprochen, die durch Dichotomien geprägt seien: »north/south; domestic/imperial; making goods/making money; self-made men/gentlemen; [...] provincial/metropolitan.«<sup>53</sup> Grundsätzlich stellte sich die Frage, ob aus einer auf Daten wie Vermögen, Eigentum, Grundbesitz und so weiter konstruierten sozialen Schicht eine gemeinsame Identitätsvorstellungen beinhaltende und gemeinsame Interessen verfolgende »class« ableitbar war. 54

Kritik an der »new social history« und ihrer »class«-Kategorie sowie an der Konzentration auf die Arbeiterklasse wurde nicht erst mit dem Ende des Kalten Kriegs und dem

<sup>48 »</sup>Past and Present« wurde 1952 gegründet, »Comparative Studies in Society and History« 1958. Es folgte 1960 die Gründung der »Society for the Study of Labour History« mit der zugehörigen Zeitschrift »Labour History Review«. Die »Social History Society« entstand ebenso 1976 wie das »History Workshop Journal«. Zudem war die 1972 ins Leben gerufene Zeitschrift »International Labor und Working-Class History« auch in Großbritannien weit verbreitet.

<sup>49</sup> Vgl. dazu Dennis Dworkin, Cultural Marxism. History, the New Left, and the Origins of Cultural Studies, Durham 1997.

<sup>50</sup> Edward P. Thompson, The Making of the English Working Class, London 1963.

<sup>51</sup> Eric J. Hobsbawm, Labouring Men. Studies in the History of Labour, London 1964.

<sup>52</sup> Vgl. *Lawrence James*, The Middle Class. A History, London 2006, S. 2.

<sup>53</sup> Alan Kidd/David Nicholls, Introduction. The Making of the British Middle Class?, in: dies. (Hrsg.), The Making of the British Middle Class? Studies of Regional and Cultural Diversity since the Eighteenth Century, Stroud 1998, S. xv-xl, hier: S. xxxi.

<sup>54</sup> Vgl. *McKibbin*, Classes and Cultures; *Dror Wahrman*, Imagining the Middle Class. The Political Representation of Class in Britain, c. 1780–1840, Cambridge 1995; *Simon Gunn/Rachel Bell*, Middle Classes. Their Rise and Sprawl, London 2002; weiterhin zum Beispiel die Beiträge von Wiener, Davidoff/Hall und Morris im »class«-Reader von Patrick Joyce: *Martin J. Wiener*, The Failure of the Bourgeoisie, in: *Patrick Joyce* (Hrsg.), Class, Oxford 1995, S. 298–302; *Leonore Davidoff/Catherine Hall*, Gender and the Middle Class, in: ebd., S. 302–316; *Robert J. Morris*, The Making of the British Middle Class. An Elite-Led Class, in: ebd., S. 316–322.

Kollaps des institutionalisierten Marxismus<sup>55</sup> laut, sondern setzte schon zu Beginn der 1980er Jahre ein. Dennis Dworkin führt dies auf zwei Entwicklungen zurück, die durchaus miteinander verbunden waren: Eine Richtung kritisierte die Überbetonung von »class« in der »new social history«, die zur Marginalisierung von anderen Identitätskonzepten geführt habe. Diese Kritik am »class«-Narrativ ist aus den gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und kulturellen Veränderungen seit der Mitte der 1970er Jahre erklärbar. In einer pluralisierten, globalisierten Welt war »class« nicht mehr das einzige identitätsstiftende Konzept, vielmehr erhielten andere wie etwa »gender«, »race«, »ethnicity«, »region« vermehrte Aufmerksamkeit und wurden im öffentlichen Diskurs wichtig. Die »class«-Kategorie hat somit unter dieser Vielfalt keinen herausragenden Erklärungsstatus mehr, sondern wurde zu einer Möglichkeit der Identitätsbildung und -beschreibung neben anderen. Die zweite Kritik geht auf erkenntnistheoretische Überlegungen zurück. Wichtige Impulse gingen vom »linguistic turn« aus, dessen Ansätze im Konflikt mit dem Gesellschaftsbild der »new social history« standen. Die erkenntnistheoretische Annahme, dass Gesellschaft nur durch die Repräsentationen historischer Akteure verstanden werden könne und Sprache dabei eine zentrale Rolle zukomme, führte zu einer Verschiebung des Erklärungspotenzials vom Sozialen zum Kulturellen und mithin von der »new social history« zur »new cultural history.«56

Von diesen Entwicklungen beeinflusst und sich kritisch mit einem marxistischen Verständnis von »class« und Gesellschaft auseinandersetzend, hat sich die »new political history« profiliert. Referenzpunkt war dabei immer auch die Sozialgeschichte. Von einem ihrer Gegenspieler, dem überzeugten Sozialhistoriker Neville Kirk, wurden die Ansätze dieser Historikerinnen und Historiker im Jahr 2000 noch immer provokant als »»primacy of politics at the expense of socioeconomic class-based determinations and expressions charakterisiert. 57 Der alte Streit zwischen Sozial- und >neuen (Politikhistorikern und -historikerinnen (die sich allerdings selbst zumeist nicht so bezeichneten), der mit der Veröffentlichung der Aufsatzsammlung »Languages of Class« von Gareth Stedman Jones im Jahr 1983 begann, schien hier nach wie vor durch. Stedman Jones' These, die insbesondere in seinem legendären Aufsatz »Rethinking Chartism« deutlich wurde, war Ergebnis einer Auseinandersetzung mit und zugleich ein Angriff auf das sozialhistorische »class«-Verständnis, von dem Stedman Jones als langjähriger Herausgeber des »History Workshop Journals« und der marxistischen Zeitschrift »New Left Review« selbst geprägt war. Sich weiterhin als marxistischer Historiker verstehend, wandte er sich gegen die von Thompson populär gemachte Annahme, dass das Klassenbewusstsein und daraus resultierendes Handeln aus der Erfahrung objektiver Klassenverhältnisse hervorgehe. Stedman Jones folgerte aus seiner neuen Quellenlektüre des Chartismus, dass Sozialhistoriker zur Erklärung des Wandels von politischem Verhalten den politischen Diskurs selbst bisher vernachlässigt hätten. 58 Dagegen hob er die Bedeutung der Sprache für die Konstituierung von Klassenbewusstsein und für politisches Handeln hervor. Sein elementarer Angriff auf die bislang gültigen Prämissen der britischen Sozialgeschichte blieb nicht unerwidert.<sup>59</sup>

<sup>55</sup> Vgl. *Jürgen Kocka*, Losses, Gains and Opportunities, in: Journal of Social History 37, 2003, S. 21–28, hier: S. 23.

Vgl. *Dworkin*, Class Struggles, S. 6 f.; interessant in diesem Zusammenhang auch die von der Social History Society seit 2004 unter dem Namen »Cultural and Social History« herausgegebene Zeitschrift: »Its title is designed to reflect recent shifts in the discipline of history in the wake of the cultural turn.«; URL: <a href="http://www.socialhistory.org.uk/Journal.php">http://www.socialhistory.org.uk/Journal.php</a> [14.4.2010].
 *Neville Kirk*, Decline and Fall, Resilience and Regeneration. A Review Essay on Social Class,

<sup>57</sup> Neville Kirk, Decline and Fall, Resilience and Regeneration. A Review Essay on Social Class, in: International Labor and Working-Class History 57, 2000, S. 88–102, hier: S. 89.

<sup>58</sup> Vgl. Stedman Jones, Languages of Class, S. 21.

<sup>59</sup> Die Rezeption umfasste die gesamte Skala von völliger Übereinstimmung bis zu kompletter Ablehnung – nach der Einteilung von Dworkin gab es »wholehearted enthusiasm« (Meacham),

Dennis Dworkin behauptet in seiner Einschätzung der Bedeutung von Stedman Jones' Aufsatzsammlung, dass in keiner anderen nationalen Geschichtsschreibung die Herausforderung der Sozialgeschichte durch den »linguistic turn« und die leidenschaftliche Verteidigung der »class«-Kategorie so dramatisch waren wie in Großbritannien.<sup>60</sup>

Eine zweite, etwas verzögerte Phase der Reaktion auf das Werk von Stedman Jones setzte im Kontext einer allgemeinen Auseinandersetzung mit postmodernem Denken in den frühen 1990er Jahren ein. Insbesondere die Thesen des »social-turned-cultural historian«<sup>61</sup> Patrick Joyce sorgten für Aufsehen.<sup>62</sup> In seiner 1994 erschienenen Geschichte »Democratic Subjects«, die sich mit »identity«, »the self« und »the social« am Beispiel von zwei Individualbiografien beschäftigte, spielte »class« dann nur noch eine Rolle neben anderen Kategorien.<sup>63</sup> Joyce war in seiner Kritik an der überragenden Bedeutung von »class« von feministischen Ansätzen beeinflusst, die »gender and class« als Produkte von Sprache, Kultur und Machtverhältnissen ansahen – »class« wurde dabei nicht als neutrale Kategorie verstanden, sondern auf den Annahmen der zumeist männlichen Sozialhistoriker basierend. Während sich die amerikanische Historikerin Joan Scott an die Spitze der Kritiker stellte<sup>64</sup>, blieben ihre britischen Kolleginnen und Kollegen der »class«-Kategorie zumindest in modifizierter Form treu.<sup>65</sup> So beschäftigte sich Catherine Hall, die selbst

- 60 Dworkin, Class Struggels, S. 107; zwar gab es weitere Historiker, wie zum Beispiel Geoff Eley und William Sewell, die in eine ähnliche Richtung dachten und schrieben, aber es war Stedman Jones' Buch, das diese enorme Aufmerksamkeit erhielt; für einen Erklärungsvorschlag vgl. ebd., S. 116–118.
- 61 So die Bezeichnung von Dworkin, Class Struggles, S. 10.
- 62 Für eine Zusammenfassung der Auseinandersetzung vgl. ebd., S. 123–130.
- 63 Joyce, Democratic Subjects, S. 2: »Instead of being a master category of historical explanation, it has become one term among many, sharing a rough equality with these others.« Der Arbeit ging ein weiteres Buch von Joyce voraus, in dem er sich explizit mit »class« auseinandersetzte und ähnliche Thesen wie Stedman Jones entwickelte: Patrick Joyce, Visions of the People. Industrial England and the Question of Class, 1848–1914, Cambridge 1991. Die Bedeutung des Individuums betonte einige Jahre später auch Joanna Bourke, allerdings fokussierte sie nicht wie Joyce in »Democratic Subjects« nur zwei Individuen, sondern auf »working-class culture« allgemein. Sie vertrat die These, dass »class identity« in erster Linie ein soziales und kulturelles und weniger ein institutionelles und politisches Phänomen sei: Joanna Bourke, Working Class Cultures in Britain 1890–1960. Gender, Class and Ethnicity, London/New York 2003 (zuerst 1994).
- 64 Joan W. Scott, On Language, Gender and Working-Class History, in: International Labor and Working-Class History 31, 1987, S. 1–13; Bryan D. Palmer, Response to Joan Scott, in: ebd., S. 14–23; Anson Rabinbach, Rationalism and Utopia as Languages of Nature. A Note, in: ebd., S. 30–36; Christine Stansell, Response to Joan Scott, in: ebd., S. 24–29.
- 65 Zum Verhältnis von »class and gender« in der britischen Geschichte siehe zum Beispiel Stephen Brookes Handbuch-Aufsatz: Stephen Brooke, Class and Gender, in: Francesca Carnevali/Julie-Marie Strange (Hrsg.), Twentieth-Century Britain. Economic, Cultural and Social Change, 2.

respektvolle, aber kritische Kommentare (Gray; Cronin), »orthodox Marxist refusal« (Foster), »varying degrees of cultural Marxist critique« (Epstein; Kirk; Thompson) und eine völlige Ablehnung der »class analysis« an sich (McCord). Siehe *Dworkin*, Class Struggles, S. 118 f.; er bezieht sich auf folgende Werke: *James E. Cronin*, Language, Politics and the Critique of Social History, in: Journal of Social History 20, 1986, S. 177–184; *James Epstein*, Rethinking the Categories of Working-Class History, in: Labour/Le Travail 18, 1986, S. 195–208; *John Foster*, The Declassing of Language, in: New Left Review I/150, 1985, S. 29–45; *Robert Gray*, The Deconstructing of the English Working Class, in: Social History 11, 1986, S. 363–373; *Neville Kirk*, In Defence of Class. A Critique of Recent Revisionist Writing upon the Nineteenth-Century English Working Class, in: International Review of Social History 32, 1987, S. 2–47; *Norman McCord*, Adding a Touch of Class, in: History 70, 1985, S. 410–419; *Standish Meacham*, Languages of Class, in: Victorian Studies 29, 1985, S. 162–164; *Dorothy Thompson*, The Languages of Class, in: Bulletin of the Society for the Study of Labour History 52, 1987, S. 54–61.

durch die marxistische Geschichtsschreibung, ihr Engagement in »new-left politics« und in der Frauenbewegung geprägt war, mit ihrer eigenen »middle class«-Herkunft, indem sie nach deren Wurzeln im sozialen und politischen Leben des 19. Jahrhunderts suchte. <sup>66</sup> Damit war sie zugleich eine der Ersten, die sich nicht mehr nur der »working class«, sondern eben auch der »middle class« zuwandte. Hall stellte zudem in ihren späteren Arbeiten weitere Verbindung her, die die Auseinandersetzungen ihrer amerikanischen Kolleginnen schon seit den 1970er Jahren geprägt hatte: die Verbindung von »class« und »race/ethnicity« – dazu später mehr.

Die erneuerte britische Politikgeschichte, so die Bestandsaufnahme von Susan Pedersen im Jahr 2002, florierte und war zunehmend konsensfähig. <sup>68</sup> Pedersen warnte zugleich davor, »class«-basierte Ansätze und andere soziostrukturelle Erklärungsmöglichkeiten völlig aufzugeben – eine Forderung, die fünf Jahre später ebenfalls Geoff Eley und Keith Nield in ihrem Buch »The Future of Class in History. What's Left of the Social?« bestärkten. <sup>69</sup> Die Debatte zu »class« – »the social« – »culture« – »the political« ist also noch nicht abgeschlossen, allerdings ist sie weniger durch Grabenkämpfe gekennzeichnet und wird zurzeit vor allem im Rahmen der Neujustierung der Sozialgeschichtsschreibung geführt. <sup>70</sup>

# »Class« als Selbstbeschreibung

»Class« völlig über Bord zu werfen, ist schon deshalb schwierig, weil sich die Briten im 20. Jahrhundert durchgängig selbst in »class«-Kategorien beschrieben haben und dies den politischen Diskurs tief prägte.

»At present I am a school-teacher working in Aldgate, but my pre-teaching experience was rather unusual – working-class background until 19 – elementary school and factory. [...] For over two years I was a >classless
person – a touring actor and had the opportunity of entering homes as a guest of people of high ranks in society.

In dieser Weise verortete sich im Jahr 1957 ein Hörer der BBC-Sendung »Social Class in Britain Today« in der britischen Gesellschaft. Damit bestätigte er ebenso wie andere Briefschreiber auch für die Zeit nach 1945 die Beobachtung, die Ross McKibbin für die Zwischenkriegszeit verzeichnete: England war ein Land der »social classes«, in welche sich die Engländer ohne Scheu selbst verorteten. Deispiele für die Selbstbeschreibung als »working, middle or upper class« finden sich bis heute in Alltagsgesprächen und Zeitungsberichten. Noch im Jahr 2010 wollte Harriet Harmann, Deputy Leader of the Labour Party und Minister for Women and Equality, »class« in den Mittelpunkt des Wahlkampfs

Aufl., with a Foreword by Paul Johnson, Pearson Longman, Harlow/London 2007 (zuerst 1994), 408 S., brosch., 27,99 £.

<sup>66</sup> Catherine Hall, White, Male and Middle-Class. Explorations in Feminism and History, New York 1992.

<sup>67</sup> Dies., Civilising Subjects. Colony and Metropole in the English Imagination, 1830–1867, Chicago 2002.

<sup>68</sup> Pedersen, What is Political History Now, S. 45.

<sup>69</sup> Geoff Eley/Keith Nield, The Future of Class in History. What's Left of the Social?, Ann Arbor 2007.

<sup>70</sup> Vgl. zuletzt *Patrick Joyce*, What is the Social in Social History?, in: Past and Present Bd. 206, 2010, S. 213–248.

<sup>71</sup> Letter to Mark Abrams, 25.1.1957, Churchill Archives Centre, Churchill College, Cambridge, Mark Abrams Papers, Box 84.

<sup>72</sup> McKibbin, Classes and Cultures, S. v; vgl. auch die Auswertung von Quellen aus dem einzigartigen britischen Social Survey-Unternehmen »Mass-Observation«: James Hinton, »The ›Class« Complex«. Mass-Observation and Cultural Distinction in Pre-War Britain, in: Past and Present Bd. 199, 2008, S. 207–236.

stellen.<sup>73</sup> Somit ist »class« für die britische Gesellschaft bis heute ein Modus individueller und kollektiver Selbstbeschreibung und gleichzeitig Mittel der politischen Auseinandersetzung. »Class« wird dabei weniger als soziologische beziehungsweise sozioökonomische Kategorie verstanden – das wäre die dritte der oben genannten Bedeutungen von »class« für die Geschichte des Politischen –, sondern vielmehr als Möglichkeit, wahrgenommene soziale Unterschiede zu beschreiben und zu definieren. In dieser Hinsicht haben sich seit den 1990er Jahren einige Autoren dem Thema angenähert.<sup>74</sup> So ging David Cannadine in seiner das 18. bis 20. Jahrhundert umfassenden Geschichte von drei Modellen aus, die zur Beschreibung der sozialen Welt eingesetzt wurden: ein dreigeteiltes (»upper, middle and lower class«); ein dichotomes, in feindliche Lager eingeteiltes »usand-them«-Modell; und ein hierarchisches, das die soziale Welt als fast nahtloses Netz aus sozialen Abstufungen versteht.<sup>75</sup> Für die Etablierung und Verbreitung dieser Modelle der Gesellschaftsbeschreibung waren nach Cannadine Politiker maßgeblich, denn von John Wilkes bis Margaret Thatcher versuchten sie, ihre Wähler von einem der drei Modelle zu überzeugen.<sup>76</sup>

»Class« blieb zweifellos ein bedeutendes Element individueller wie kollektiver Selbstbeschreibung und für die politische Auseinandersetzung zentral, zugleich hatte sie aber Konkurrenz bekommen. Sie galt nicht mehr als übergeordnete Kategorie, sondern war eine Möglichkeit unter mehreren, die Identität von Individuum und Nation zu beschreiben. »Race« und »gender« stellten weiterhin die größten Herausforderungen für »class« dar. Eine so begründete intellektuelle Kritik wurde vor allem seit den 1970er Jahren laut. Sie war zugleich Ergebnis und Teil einer fundamentalen Herausforderung des Selbstverständnisses der britischen Nation durch das Ende des Empires und, damit verbunden, die Gründung neuer Staaten und Herausbildung nationaler Identitäten, durch die Immigration aus dem Commonwealth, die europäische Integration und die Neubelebung des innerbritischen Nationalismus. In der Forschung stand dabei zur Diskussion, inwiefern »class« sich zur Analyse dieser Phänomene eigne und ob es sich lediglich um ein eurozentrisches oder gar britisches beziehungsweise englisches Konzept handele. Die britische Historiografie ist gerade dadurch interessant, dass sie aufgrund der langen kolonialen Vergangenheit bis heute stärker mit außereuropäischen Konzepten und Forschungsrichtungen konfrontiert wird, etwa den Subaltern Studies. Einflussreich waren nicht zuletzt die Postcolonial Studies sowie Arbeiten aus dem Umfeld der sogenannten Birmingham School of Cultural Studies, etwa Paul Gilroys »There Ain't No Black in the Union Jack«, die auf die Bedeutung des Konzepts »race« innerhalb der britischen Gesellschaft aufmerksam machten.<sup>77</sup> Als Gilroy sein Buch 1987 veröffentlichte und britischen Intellektuellen und Politikern aller Richtungen vorwarf, »race« nicht ernst zu nehmen, sorgte er für erheblichen Aufruhr. Ein Ziel seiner Arbeiten war es, das Verhältnis von Staat, hegemonialer Macht und »class« zu hinterfragen. Maßgeblich für eine britische Identität, und vor al-

<sup>73</sup> Patrick Wintour/Amelia Gentleman, Harman Puts Class at Heart of Election Battle. Deputy Leader to Make Inequality a Key Dividing Line with Conservatives, in: The Guardian, 21.1.2010, S. 1.

<sup>74</sup> Neben Ross McKibbin und David Cannadine vgl. auch *W. G. Runciman*, A Treatise on Social Theory, Bd. III, Cambridge 1997, und zu allen drei Büchern *Jon Lawrence*, Review Article. The British Sense of Class, in: Journal of Contemporary History 35, 2000, S. 307–318.

<sup>75</sup> Cannadine, Class, S. 19 f.

<sup>76</sup> Ebd., S. 21 f.

<sup>77</sup> Paul Gilroy, There Ain't No Black in the Union Jack. The Cultural Politics of Race and Nation, London/New York 2002 (zuerst 1987); vgl. auch den impulsgebenden Band »Policing the Crisis«, der »race« als zentralen Faktor dieser Krise ansah: Stuart Hall/Brian Roberts/Chas Critcher u. a., Policing the Crisis. Mugging, the State, and Law and Order, London 1978.

<sup>78</sup> So bezieht sich das erste Kapitel in »There Ain't No Black« sogleich im Titel auf das Verhältnis von »race«, »class« und »agency«.

lem für »Englishness«<sup>79</sup>, war die Konstruktion von »racial differences«, die teils auf der Erfahrung des Empire, teils auf Erzählungen vom britischen Niedergang in der postkolonialen Zeit basierten. Beide waren, wenn auch unausgesprochen, durch die Privilegierung der »whiteness«<sup>80</sup> geprägt, die zugleich die Präsenz und den Einfluss von »blacks« marginalisiert hatte.

Eng damit verbunden war die Sorge, dass ein Zusammenleben vielfältiger Identitäten mit einer Destabilisierung der britischen Nation einhergehen müsse. Dabei wurde der Beginn des vermeintlichen Niedergangs nicht erst mit dem Einsetzen der Dekolonisation im 20. Jahrhundert gesehen, sondern etwa bereits mit der Union von England und Schottland im Jahr 1707 oder dem Act of Union von 1800 angesetzt. Der Frage von Definition und Neudefinition nationaler Identitäten im Vereinigten Königreich widmete sich kürzlich der Historiker Paul Ward in seinem Buch »Britishness since 1870«. Ward grenzte sich gegenüber Vertretern der Niedergangsthese (zum Beispiel Christopher Harvie und Tom Nairn) ab und bezeichnete sie als schottische Nationalisten<sup>81</sup>, die mit ihren Veröffentlichungen eben auch politische Ziele verfolgen würden, nämlich das erneute Anfachen einer angeblichen Krise der »Britishness«. Diese Krise wurde auch von Politikern verschiedener Parteien adressiert - thematisiert wurde damit immer auch explizit oder implizit das historische Selbstverständnis der Nation. In diesem Zusammenhang sorgten Tony und Cherie Blair im Jahr 1999 für Aufregung, als sie im Rahmen der Millennium Lectures die Historikerin Linda Colley einluden. Colley schloss an ihr 1992 veröffentlichtes Buch »Britons. Forging the Nation 1707–1837« an, in dem sie untersuchte, wie und inwieweit die Einwohner Englands, Schottlands und Wales sich selbst im Verlauf des 18. und frühen 19. Jahrhunderts als britisch wahrgenommen hatten. 82 Sie kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass die Eigenwahrnehmung als »britisch« einerseits von außen durch einen Konflikt mit einem Anderen (zum Beispiel Frankreich) und andererseits von innen durch abgrenzende Diskurse und Praktiken zwischen Schotten, Walisern und Engländern hervorgerufen worden sei. Weiterhin stellte Colley fest, dass Menschen sich je nach Kontext sowohl als britisch als auch als schottisch, englisch, indisch, karibisch und so weiter identifizieren könnten.<sup>83</sup> Paul Ward schloss sich den Interpretationen von Linda Colley an und stimmte zudem mit so prominenten Autoren wie Homi Bhabha überein, wenn er davon ausging, dass »Britishness« nie eine stabile, fixe Kraft gewesen sei: »Britishness has always been in a process of formation.«84

<sup>79 »</sup>Englishness« und »Britishness«, die lange Zeit nahezu als naturgemäße Phänomene wahrgenommen worden waren, wurden seit den 1970er beziehungsweise 1980er Jahren historisiert und problematisiert. Einflussreich waren vor allem Eric Hobsbawms und Terence Rangers »The Invention of Tradition« (1983), Robert Colls und Richard Dodds »Englishness« (1986) und das dreibändige, von Raphael Samuel herausgegebene History Workshop-Projekt »Patriotism« (1989). Vgl. dazu auch Carsten Quensel, Englische Identität. Neuere Studien zum Problem nationaler Einheit, in: AfS 43, 2003, S. 542–564. Signifikant ist hier wiederum die Präsenz marxistischer Historiker, die nahezu zeitgleich mit den epochalen Werken von Edward Said (Orientalism, 1978) und Benedict Anderson (Imagined Communities, 1983) die Frage nach der Konstruktion der Nation am Beispiel der »Englishness« thematisierten.

<sup>80</sup> Vgl. zu diesem Forschungsfeld *David R. Roediger*, The Wages of Whiteness. Race and the Making of the American Working Class, London 1991.

<sup>81</sup> Harvie sah einen kurzen Moment von »Britishness« zwischen 1939 und 1970 gegeben, während Nairn schon 1977 das Zusammenbrechen Großbritanniens vorhersagte. Gut 20 Jahre später erklärte er, dass Großbritannien sich nun in einer »period ›after Britain« befinde; vgl. Paul Ward, Britishness since 1870, London 2004, S. 2.

<sup>82</sup> Linda Colley, Britons. Forging the Nation, 1707–1837, New Haven/London 1992.

<sup>83</sup> Ebd., S. 6.

<sup>84</sup> Ward, Britishness, S. 3.

Signifikanterweise spielte bei den Selbstbeschreibungen in Wards Untersuchung »class« keine übergeordnete Rolle. Er ging vielmehr von der Prämisse aus, dass »ordinary workingand middle-class people« selbst ihre Identität konstruierten. »Class« war hier in erster Linie eine unreflektierte Einteilung der britischen Gesellschaft durch den Historiker Ward, in zweiter Linie war »class« eine mögliche Selbstbeschreibung neben anderen:

»Individuals have considered themselves to be mothers or fathers, sisters or brothers, socialists, liberals or conservatives, working class, middle class or aristocratic, gay or straight, with none of these categories being mutually exclusive.«85

Für eine Zeitgeschichte des Politischen kann diese Vielfalt der Selbstbeschreibungsmöglichkeiten die Einbeziehung der Kategorie »class« zur Folge haben; es kann aber nicht mehr nur um »class« gehen, da soziale Ungleichheit heute auch in anderen Kategorien gemessen wird. Allerdings scheint Vorsicht geboten vor einer vorschnellen geschichtswissenschaftlichen Marginalisierung von »class«, denn »class« hat abseits historiografischer Debatten und britischer Selbstbeschreibungen nach wie vor erhebliche Bedeutung in der sozialwissenschaftlichen Forschung. Deren Ergebnisse und Methoden wiederum beeinflussen alltägliche Politik (zum Beispiel durch stichprobenbasierte Meinungsumfragen und Wahlprognosen) ebenso wie langfristige staatliche Planung, die zunehmende Bedeutung von Experten in politischen Entscheidungsabläufen und weitere Prozesse der Verwissenschaftlichung des Politischen. Vor dem Hintergrund der politischen Relevanz der Forschungsergebnisse aus der empirischen Sozialforschung und deren zugrunde liegenden Klassifizierungen wird mit der anschließenden Betrachtung von »class« als statistischer Kategorie auf eine explizite Lücke in der britischen Forschung fokussiert.

#### »Class« als statistische Kategorie

»Class« wurde im gesamten 20. Jahrhundert in sozialwissenschaftlichen Studien zur Analyse und Beschreibung der britischen Gesellschaft verwendet. Da sich diese Einteilung in ihrer Essenz auf beruflichen Status (»occupational groups/status«) bezog, ging damit häufig der Anspruch einher, die britische Gesellschaft objektiv beschreiben zu können. Die scheinbar vorurteilsfreie Sprache, die in administrativen Praktiken (wie zum Beispiel dem Zensus und anderen statistischen Erhebungen) zur Beschreibung der sozialen Welt verwendet wurde, verstärkte den Anschein der Objektivität.

Auch Historikerinnen und Historiker bedienen sich gern dieser Quellen, sei es um demografische Entwicklungen zu analysieren, sei es um Aufschluss über *die* öffentliche Meinung zu erhalten. David Cannadine belegte seine Annahme, dass »class« noch immer von Bedeutung für die britische Gesellschaft sei, mit einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts MORI<sup>86</sup>, deren Repräsentativität wiederum durch eine »class«-basierte Stichprobenerhebung hergestellt wurde. Und der prominente, marxistischen ebenso wie postmodernen Ansätzen kritisch gegenüberstehende Sozialhistoriker Arthur Marwick bezog sich im Jahr 2005 zum erneuten Beweis seiner »class«-Thesen<sup>87</sup> auf sozialwissenschaftliche Untersuchungen wie »The Affluent Worker«, »Social Class in Modern Britain« oder die »Social Trends«. <sup>88</sup> Zwar merkte Marwick kritisch an, dass man die Grundannah-

<sup>85</sup> Ebd., S. 4.

<sup>86</sup> Cannadine, Class, S. x.

<sup>87</sup> Arthur Marwick, British Society since 1945, 4. Aufl., London 2003 (zuerst 1982); ders. (Hrsg.), Class in the Twentieth Century, Brighton 1986; ders., Class. Image and Reality in Britain, France and the USA since 1930, London 1980; interessant im Kontrast zu Marwick: Crompton, Class.

<sup>88</sup> Gordon Marshall/Howard Newby/David Rose u. a., Social Class in Modern Britain, London 1988; die Untersuchungsreihe »Social Trends«, die vom Office of National Statistics durchgeführt wird, feiert in diesem Jahr ihren 40. Geburtstag.

men dieser Studien kennen müsse, eine weitere Quellenkritik erfolgte aber nicht. Generell haben sich Historikerinnen und Historiker mit der Grundlage und Geschichte dieser statistischen Klassifizierungen in Großbritannien bisher nur selten auseinandergesetzt.<sup>89</sup>

Die Einteilung der britischen Gesellschaft in »social classes« für statistische Erhebungen ist auf das Jahr 1911 zurückzuführen, in dem für die Volkszählung eine neue Einteilung in »occupational classes« eingeführt wurde. Danach gab es fünf »social classes«: I. professional, II. intermediate, III. skilled (seit 1970 unterteilt in manual und non-manual occupations), IV. partly skilled, V. unskilled. 90 Das entsprach der Unterscheidung in »upper, middle and working classes«, wobei die Klassifizierungen II und IV Übergänge darstellten. Dem Historiker Simon Szreter zufolge lag dieser Einteilung keine soziale Theorie zugrunde, vielmehr hatte sie ihren Ursprung in Debatten von Eugenikern und Environmentalisten im ausgehenden 19. Jahrhundert. 91 Trotz sozialen Wandels hielt sich dieses Modell bis zum Jahr 2001. Erst jetzt wurde es mit einem anderen Modell zusammengeführt, das seit den 1950er Jahren entwickelt worden war und ebenfalls in der staatlichen Sozialforschung eingesetzt wurde: 92 den »socio-economic groups«. Es definierte 17 Gruppen, die sich weniger am Ausbildungsgrad als am aktuellen Status (Angestellte versus Selbstständige, kleine versus große Unternehmen etc.) orientierten.<sup>93</sup> Aus diesen offiziellen staatlichen Modellen entwickelte die privatwirtschaftliche Umfrageforschung, vor allem die Konsumforschung, relevante und weitverbreitete Einteilungen wie die in: A Upper Middle Class, B Middle Class, C1 Lower Middle Class, C2 Skilled Working Class, D Semi-Skilled and Unskilled Working Class und E Those at Lowest Level of Subsistence. 94 Signifikant für alle Klassifizierungsmodelle war ihre Langlebigkeit im 20. Jahrhundert in Kombination mit ihrer Unfähigkeit, sozialen Wandel darzustellen. Diese Modelle wurden zwar aus mehreren Richtungen kritisiert, trotzdem überdauerten sie das 20. Jahrhundert vor allem deswegen, weil überzeugende Alternativen fehlten und Vorsicht geboten war, die langfristige Vergleichbarkeit von statistischen Werten durch immer neue kurzlebige Klassifikationen und Definitionen zu gefährden.

Abseits dieser weitverbreiteten, langfristig angewandten Klassifikationsschemata der britischen Gesellschaft in »classes« gab es andere punktuelle Versuche, sozialen Wandel einzufangen. Die wohl bekanntesten und häufig zitierten Studien stammten von der Cam-

<sup>89</sup> Vgl. Simon R. S. Szreter, The Official Representation of Social Classes in Britain, the United States, and France. The Professional Model and >Les Cadres<, in: Comparative Studies in Society and History 35, 1993, S. 285–317; weiter vom Thema entfernt: Mary Poovey, A History of the Modern Fact. Problems of Knowledge in the Sciences of Wealth and Society, Chicago/London 1998; vergleichend: Alain Desrosières, Die Politik der großen Zahlen. Eine Geschichte der statistischen Denkweise, Berlin / Heidelberg 2005; Emil Walter-Busch, Faktor Mensch. Formen angewandter Sozialforschung der Wirtschaft in Europa und den USA, 1890–1950, Konstanz 2006.

<sup>90</sup> Office of Population Censuses and Surveys (OPCS), Classification of Occupation 1970, London, S. x.

<sup>91</sup> Simon R. S. Szreter, The Genesis of the Registrar-General's Social Classification of Occupations, in: British Journal of Sociology 35, 1984, S. 522–546, hier: S. 527; kritisch dazu Edward Higgs, Life, Death and Statistics: Civil Registration, Censuses and the Work of the General Register Office, 1837–1952, Hatfield 2004, hier: S. xi; vgl. zudem Richard Leete/John Fox, Registrar General's Social Classes. Origins and Uses, in: Population Trends 8, 1977, S. 1–7; T. H. C. Stevenson, The Vital Statistics of Wealth and Poverty, in: Journal of the Royal Statistical Society 1928, S. 207–230.

<sup>92</sup> Für einen Überblick vgl. David Rose, Official Social Classification in the UK, in: social research update, University of Surrey 1995, H. 9, URL: <a href="http://sru.soc.surrey.ac.uk/SRU9.html">http://sru.soc.surrey.ac.uk/SRU9.html</a> [30.7.2010].

<sup>93</sup> OPCS, Classification of Occupation 1970, S. x-xi.

<sup>94</sup> Vgl. die folgende Zusammenstellung aus dem Jahr 1978: *Donald Monk*, Social Grading on the National Readership Survey, 4., erw. Aufl., London 1978 (zuerst 1970), Appendix A.

bridger Gruppe um den Soziologen John Goldthorpe. Sausgehend von der Beobachtung, dass sich nach den Entbehrungen der Kriegszeit die Lebensbedingungen vielerorts verbessert hatten, widerlegte die Gruppe Anfang der 1960er Jahre die häufig zu findende Annahme des »working-class embourgeoisement« mit empirischen Studien. Damit einher gingen Untersuchungen zur Abhängigkeit des Wahlverhaltens von Arbeitern in Bezug auf ihr Einkommen, ihre Wohnsituation, soziale Herkunft und Gewerkschaftsmitgliedschaft. Sie kamen zu dem Ergebnis, dass Arbeiter trotz ihrer zunehmenden finanziellen Möglichkeiten Anhänger der Labour Party blieben. Nichtsdestotrotz hatte Labour nach dem Zweiten Weltkrieg erhebliche Wahlniederlagen erlitten. Die Parteien begannen auch deshalb, ihre Zielgruppen, ihre Sprache und sich selbst neu zu definieren. Dabei halfen ihnen spätestens seit den 1960er Jahren Wahlforschungen, die sich unter anderem mit Fragen der Verbindung von »class« und Wahlverhalten beschäftigten. Eine Vielfalt von Wahlforschungsmethoden entwickelte sich im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der Zeit, in der sich zahlreiche privatwirtschaftliche Markt- und Meinungsforschungsunternehmen etablierten. Die deutsche Geschichtsschreibung hat gezeigt, wie diese Themenbereiche in die Geschichte des Politischen integriert werden können ver den können leit ver den können zur britischen Zeitgeschichte anregen kann.

# Zwischenbilanz: »Class« im politischen Diskurs

Im Vergleich zur Parteiengeschichte ist die Bedeutung von »class« für die Geschichte des Politischen diffuser und versteckter. Während die historiografische Herleitung aus der Sozialgeschichte beziehungsweise der Abgrenzung von dieser deutlich zu erkennen ist, liegt die Relevanz von statistischen Gesellschaftsmodellen, die auf »class« aufbauen und mit dem Begriff operieren, eher im Verborgenen. Die zweite hier behandelte Funktion von »class« für die Geschichte des Politischen, das heißt die Selbstbeschreibung im Hinblick auf »class«, umfasst nicht nur den Bereich des Politischen, sondern ebenfalls das alltägliche und kulturelle Selbstverständnis von Individuen, und das kann auch durch eine Vielzahl anderer, zum Teil miteinander konkurrierender Konzepte bestimmt sein. Die Kategorie »class« hat dabei den Vorteil, dass ihr das Potenzial der Politisierbarkeit für die

<sup>95</sup> Weiterhin vgl. D. V. Glass, Social Mobility in Britain, London 1954; vgl. auch weitere Studien, die von staatlicher Seite durchgeführt werden, zum Beispiel die »General Household Survey« (ab 1971) und die »Labour Force Survey« (ab 1973).

<sup>96</sup> John H. Goldthorpe/David Lockwood/Frank Bechhofer u.a., The Affluent Worker in the Class Structure, Cambridge 1969, S. 161.

<sup>97</sup> John H. Goldthorpe/David Lockwood/Frank Bechhofer u. a., The Affluent Worker: Political Attitudes and Behaviour, Cambridge 1968.

<sup>98</sup> Vgl. Mark Abrams/Richard Rose, Must Labour Lose? With a Commentary by Rita Hinden, Harmondsworth 1960.

<sup>99</sup> Einflussreich waren hier vor allem die »British Election Studies« am Oxforder Nuffield College.

<sup>100</sup> Vgl. Joe Moran, Mass-Observation, Market Research, and the Birth of the Focus Group, 1937–1997, in: Journal of British Studies 47, 2008, S. 827–851.

<sup>101</sup> Vgl. für Deutschland: Anja Kruke, Demoskopie in der Bundesrepublik Deutschland. Meinungsforschung, Parteien und Medien 1949–1990, Düsseldorf 2007; Felix Keller, Archäologie der Meinungsforschung. Mathematik und die Erzählbarkeit des Politischen, Konstanz 2001; Christoph Weischer, Das Unternehmen >Empirische Sozialforschung«. Strukturen, Praktiken und Leitbilder der Sozialforschung in der Bundesrepublik Deutschland, München 2004; in Großbritannien sind diese Fragen bisher entweder aus politikwissenschaftlicher Perspektive behandelt worden (vgl. David Broughton, Public Opinion Polling and Politics in Britain, London/New York 1995) oder die Forschung geht von der britischen Besonderheit »Mass-Observation« aus, zum Beispiel Nick Hubble, Mass Observation and Everyday Life. Culture, History, Theory, Basingstoke 2005.

gesamte britische Gesellschaft stärker zugeschrieben wird als anderen Kategorien, die auf einzelne Gruppen innerhalb der Gesellschaft fokussieren beziehungsweise von diesen als identitätsstiftend angesehen werden. Gerade am Beispiel »class« zeigt sich deshalb der heuristische Wert eines dynamischen Politikbegriffs. So verwundert es nicht, dass »class« zwar seine übergeordnete Stellung als Untersuchungsgegenstand und als analytische Kategorie verloren hat, aber weiterhin im politischen Diskurs von Bedeutung ist. Denn an der Entscheidung, welche der angebotenen Kategorien im öffentlichen Diskurs, zum Beispiel als Ursache für soziale Ungleichheit, bevorzugt verwendet wird, sind nach wie vor – so wie von Cannadine postuliert – Politikerinnen und Politiker, aber auch Parteien und andere politische Akteure in hohem Maße beteiligt. Die »class«-Kategorie hat sich dabei bis heute als besonders wirkmächtig erwiesen<sup>102</sup>, da sie den entscheidenden Vorteil hat, dass sich die gesamte Bevölkerung damit identifizieren kann. Daher ist »class« für Politiker und Parteien am Erfolg versprechendsten, denn die Kategorie schließt an die Erfahrungen aller Bürger und Bürgerinnen und damit der Wählerschaft an. Für die britische Politik und damit auch die Geschichte des Politischen wird »class« deshalb vermutlich noch lange eine wichtige Rolle spielen.

### II. EIN ETABLIERTES FELD NEU DENKEN; NEUAUFBRÜCHE IN DER PARTEIENGESCHICHTE

Die Neuansätze der Politikgeschichtsschreibung in der britischen Zeitgeschichte, die sich ganz explizit unter dem Label »new political history« verorten, haben sich zuerst im Rahmen der Parteiengeschichte – und damit in einem nach wie vor zentralen Forschungsbereich britischer Politikgeschichte – entwickelt. <sup>103</sup> Auch die Historiker und Historikerinnen, die sich mit der Geschichte nach 1945 beschäftigen, konzentrieren sich auf die besonders für die Forschung zum 19. Jahrhundert zentrale Frage nach dem Zusammenhang von Parteiaffiliation, Sozialstruktur und »ideology«. Diese grundlegenden Debatten werden im Folgenden zuerst beleuchtet, dann werden neuere Forschungen zu den beiden großen Parteien vorgestellt, um schließlich die Konsequenzen anzudeuten, die ein dynamischer Politikbegriff für die Parteiengeschichte haben kann.

# Die Parameter definieren: Die relative Autonomie des Politischen

Ähnlich wie die neueren Arbeiten zur Geschichte des 19. Jahrhunderts setzten die Vertreter und Vertreterinnen der zeitgeschichtlichen »new political history« sich mit der marxistisch geprägten Tradition britischer Geschichtsschreibung auseinander, die von einem engen Zusammenhang von Klassenstruktur, Parteibindung und Wahlverhalten ausging. Außerdem grenzten sie sich von der auf ebensolchen Modellen aufbauenden Wahlsoziologie ab und argumentierten dabei ganz ähnlich wie jene Historiker und Historikerinnen, die am »class«-Konzept zweifelten. Des Besonders der von Miles Taylor und Jon Lawrence 1997 herausgegebene Sammelband »Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820« inspirierte wichtige Studien, zumal er die am Beispiel des 19. Jahrhunderts diskutierten Ansätze auf die Geschichte des 20. Jahrhunderts übertrug. Denn das Aufbrechen des reduktionistischen Verständnisses einer allein auf »class« gegründeten

<sup>102</sup> Vgl. zum Beispiel die Reaktionen auf den Report des National Equality Panels, der im Januar 2010 veröffentlicht wurde: National Equality Panel, Report: An Anatomy of Economic Inequality in the UK (Summary), London 2010.

<sup>103</sup> Vgl. für die Parteien nach 1979 *Dominik Geppert*, Großbritannien seit 1979: Politik und Gesellschaft, in: NPL 54, 2009, S. 61–86, hier: S. 69–73.

<sup>104</sup> Vgl. Christopher Stevens, The Electoral Sociology of Modern Britain Reconsidered, in: Contemporary British History 13, 1999, S. 62–94.

politischen Kultur erlaubte auch einen neuen Blick auf die Rolle der Parteien selbst. Angeregt von linguistischen Ansätzen sowie einem konstruktivistischen Verständnis der Dialektik von Eigendefinition und Zuschreibung plädierten Taylor und Lawrence dafür, »[to] devote more attention to the ways in which political parties have themselves defined and been forced to redefine the social identities and audiences to which they address their politics.«<sup>105</sup> Nicht nur die Rolle von »gender«, auch lokale und regionale Diversitäten politischer Kultur seien neu zu gewichten und damit das Zusammenspiel von unterschiedlichen politischen Arenen ernst zu nehmen. Das Denken, Handeln und die innere Organisation von Parteien sowie die soziale Praxis von Parteipolitik rückten daher in das Zentrum der Forschungen.

Von dieser veränderten Perspektive zeugt der Beitrag E. H. H. Greens für den Sammelband. Anstatt von einer einfachen Relation zwischen Veränderungen in der Sozialstruktur der Wahlkreise und im Wahlverhalten zwischen 1945 und 1964 auszugehen, um die politische Dominanz der Konservativen sowie die Aussöhnung mit dem Wohlfahrtsstaat innerhalb der Tory Party in dieser Periode zu erklären, postuliert Green eine »primacy of policy« und untersucht »the Conservative party's ongoing attempt to understand and shape the nature of its constituency«. 106 Auf diese Weise kann er zeigen, dass die Unsicherheit, welche die Debatten der konservativen Spitzenpolitiker trotz ihrer Wahlerfolge beherrschte, aus einer stark »class«-basierten Wahrnehmung des Wahlverhaltens herrührte, die sich wiederum aus dem »trauma of defeat in 1945« speiste. Weil keine anderen wahlsoziologischen Modelle einsichtig schienen, sei es als von der Norm abweichendes Verhalten klassifiziert worden, dass Wähler und Wählerinnen, die per definitionem zur »Arbeiterklasse« zählten, für die Tories stimmten und die konservativen Erfolge der 1950er Jahre entscheidend trugen. Aus diesem Grund, so Green, habe sich die innerparteiliche Debatte auf das Thema konzentriert, das für eine an »class« orientierte Politik am bedeutendsten erschien: die umverteilende Rolle des Staats. Wegen dieser Fokussierung auf die »Arbeiterklasse« seien allerdings jene Wählergruppen aus dem Blickfeld geraten, bei denen die eigentlichen Stärken der Konservativen gelegen hätten: Bei Frauen und bei jenen, die einen sozialen Aufstieg anstrebten. Allerdings weist Ina Zweiniger-Bargielowska demgegenüber in ihrem Beitrag zu dem von ihr und Martin Francis im Jahr 1996 herausgegebenen Sammelband »The Conservatives and British Society 1880–1990« auf die Bedeutung hin, die in der konservativen Strategie gerade dem Werben um die weibliche Wählerschaft in den späten 1940er und 1950er Jahren zugekommen sei, und befindet sich damit im Widerspruch zu Greens These. Ganz im Gegensatz zu Labour hätten die Konservativen die Vorzüge unbegrenzten Konsums propagiert – ein in Zeiten der Rationierung schlagendes Argument. Darüber hinaus hätten sie für die stärkere Gleichberechtigung von Frauen plädiert, wobei sich besonders konservative Politikerinnen hervorgetan und sich in die Tradition der Frauenbewegung gesetzt hätten. Erst in den frühen 1960er Jahren sei es Labour gelungen, verlorenes Terrain wiederzugewinnen. 108 Obwohl sich die beiden Arbeiten in empirischem und interpretatorischem Widerspruch befinden, stimmen sie in ihrer grundlegenden Wertung überein: Die einfache Gleichung zwischen ökonomisch bedingter Sozialstruktur und Wahlverhalten greife zu kurz, um den politischen Wandel

<sup>105</sup> Jon Lawrence/Miles Taylor, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Party, State and Society. Electoral Behaviour in Britain since 1820, Aldershot/Brookfield 1997, S. 1–26, hier: S. 18.

<sup>106</sup> E.H.H. Green, The Conservative Party, the State and the Electorate, 1945–64, in: Lawrence/Taylor, Party, S. 176–200, hier: S. 177.

<sup>107</sup> Ebd., Zitat S. 196.

<sup>108</sup> Vgl. Ina Zweiniger-Bargielowska, Explaining the Gender Gap: The Conservative Party and the Women's Vote, 1945–1964, in: dies./Martin Francis (Hrsg.), The Conservatives and British Society, 1880–1990, Cardiff 1996, S. 194–223; außerdem: dies., Austerity in Britain. Rationing, Controls, and Consumption, 1939–1955, Oxford 2000.

nach 1945 zu erklären. Vielmehr seien die Parteien und damit die institutionalisierten politischen Spieler selbst als gestaltende Kräfte ernst zu nehmen, selbst wenn deren Autonomie nur eine relative gewesen sei und sie mit ihrer sozialen Basis in einem komplexen Wechselverhältnis gestanden hätten.

Die Neuaufbrüche der Parteiengeschichtsschreibung distanzierten sich nicht nur von materialistisch-deterministischen Ansätzen, sondern außerdem auch von einer starken Tradition britischer Politikgeschichtsschreibung, die auf »high politics« fokussiert und mit dem Werk und der Schulbildung der Cambridger Historiker Herbert Butterfield und Maurice Cowling verbunden wird. Ihr geht es um das politische Handeln, die Ränkespiele, Manöver, Intrigen und persönlichen Beziehungen eines kleinen elitären Kreises politischer Entscheidungsträger in Whitehall und Westminster. Politische Macht werde allein in diesem engen Zirkel im Zentrum Londons verhandelt, nicht in den Gassen der englischen Arbeiterviertel. <sup>109</sup> Dagegen versuchen die Vertreter der »new political history«, die Interdependenz von Partei- beziehungsweise Regierungspolitik und ihrem gesellschaftlichen Resonanzraum, von politischem und sozialem Wandel zu ergründen und damit die Differenz von »high« und »low politics« aufzulösen. <sup>110</sup> Ihr Fokus liegt auf den Aushandlungsprozessen, der ständigen Um- und Neukonstruktion des Verhältnisses von Partei, Anhängerschaft und Bevölkerung. <sup>111</sup>

Doch berühren sich – und darauf hat zuerst Susan Pedersen hingewiesen – die traditionelle »high politics«-Schule und die Neuansätze der Parteiengeschichte in einem entscheidenden Punkt: Beide eint das Interesse an Ideen, Weltbildern und Erfahrungen der Akteure im britischen politischen System. Damit rückt eine kulturgeschichtlich inspirierte Ideengeschichte wieder stärker in den Fokus, die sich um die Erforschung von »party ideology« spinnt – die beiden oben zitierten Arbeiten von Green und Zweiniger-Bargielowska weisen in diese Richtung. »[W]hat a party says about social change is a more reliable guide to that party and its vision of its constituency than to social change«, fasst Lawrence Black zusammen.

Allerdings wird nicht explizit ausgeführt, mit welchem Modell von »ideology« gearbeitet wird. Anstatt von einem festen Ideengerüst auszugehen, zeigen die Studien die Fluidität von Ordnungsmustern auf, die in den Parteien präsent sind. Um diese wird mitunter diskursiv gerungen, sie finden ihren Ausdruck aber auch in sozialen Praktiken oder im Habitus und werden von diesen wiederum geprägt. Martin Francis' Studie zu den »politics of restraint« in der Labour Party nach dem Zweiten Weltkrieg weist auf bislang wenig erprobte kulturgeschichtliche Pfade für das Verständnis von »party ideology« hin. Selbstdisziplin, Einfachheit in Auftreten, Sprache, Kleidung und Lebensführung, Bescheidenheit und die Betonung rationaler Entscheidungen prägten den politischen Stil der Labour Politiker, wurden von der Partei als moralische Haltung propagiert und entsprachen zudem den zeitgenössischen Vorstellungen sowohl von Männlichkeit als auch von »Englishness«. Mit dem schnellen Vordringen konsumgesellschaftlicher kultureller Muster im

<sup>109</sup> Vgl. unter anderem *Richard Brent*, Butterfield's Tories: >High Politics< and the Writing of Modern British Political History, in: The Historical Journal 20, 1987, S. 943–954; *Michael Bentley* (Hrsg.), Public and Private Doctrine. Essays in British History presented to Maurice Cowling, Cambridge 1993; *Michael Bentley*, Modernizing England's Past. English Historiography in the Age of Modernism, 1870–1970, Cambridge 2005; *Reba N. Soffer*, History, Historians, and Conservatism in Britain and America. The Great War to Thatcher and Reagan, Oxford 2009.

<sup>110</sup> Lawrence Black, The Political Culture of the Left in Affluent Britain, 1951–64. Old Labour, New Britain?, Basingstoke/New York 2003, S. 5.

<sup>111</sup> Ebd

<sup>112</sup> *Pedersen*, What is Political History Now, S. 40–42.; außerdem *Fielding*, Rethinking, insb. S. 358–361; *ders.*, Looking, S. 516; *Black*, What kind of people are you? S. 25.

<sup>113</sup> Ebd.

Laufe der 1950er Jahre verlor das Ideal des »restraint« allerdings an Überzeugungskraft, und die Labour Party büßte ihren Impetus des Modernen ein, den die »politics of restraint« vermittelt hatten.<sup>114</sup>

Diese Auseinandersetzung Labours mit der »affluent society« beleuchtet Lawrence Blacks Studie »The Political Culture of the Left in Affluent Britain, 1951-64« in aller Tiefe. Auch er interessiert sich für Weltbilder und Ordnungsmuster. Black versteht den Diskurs um Grundsätze des ideologischen Denkens in der Labour Party als einen Bestandteil ihrer politischen Kultur, die sich in »informal, instinctive and ethical impulses« konstituiert und deren Spannweite »ordinary and elite political activity, activists and spectators« umfasst habe. Black hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen charakteristischen »way of thinking, a ›socialist gaze‹‹‹ auf sozialen Wandel einzufangen. 115 Die bei führenden Labour-Politikern und -Politikerinnen wie Intellektuellen gängigen gesellschaftlichen Ideale hätten nicht den Anforderungen der expandierenden Konsumgesellschaft entsprochen, so das Ergebnis der Studie. Weder ihre Sprache, ihr Auftreten, die von ihnen propagierte Moral noch ihre Kommunikationsstrategien hätten die Wähler erreicht. »There was nothing innately anti-socialist to social change in the 1950s, rather it was in how the left viewed and invested change with political meaning that its faltering fortunes in the 1950s are to be explained.«<sup>116</sup> In Abgrenzung vor allem zu Patrick Joyce und James Vernon hebt Black neben Rhetorik und Ideologie die Bedeutung von Organisationsstrukturen der Parteien und ihrer politischen Kommunikation hervor, betont also die Gebundenheit an und die Abhängigkeit der Labour Party von ihrer sozialen Basis. 1

Mit der Weitung des Politikbegriffs in der »new political history« rückten mithin bislang kaum beachtete Themen in den Fokus, und es wurden neue Quellen für die Politikgeschichtsschreibung erschlossen. Lawrence Black untersucht zum Beispiel die lokalen Parteiorganisationen und ihre kulturelle Tätigkeit genauso wie die Debatten der Labour-Intellektuellen, er interessiert sich für die Werbestrategien der Partei, ihre Wahrnehmung der Jugend oder ihren Umgang mit dem Medium Fernsehen. Steven Fielding behandelt in seiner Studie zu »Labour and Social Change«, die auf die Jahre der ersten Wilson-Regierungen 1964 bis 1970 konzentriert ist, die Auseinandersetzung der Partei unter anderem mit Immigration, der Organisationskultur der Partei oder den Forderungen nach Ausweitung der Partizipation.

Während die Analyse politischer Sprache für die Forschung zur Geschichte des 19. Jahrhunderts seit Gareth Stedman Jones' bahnbrechenden Untersuchungen zum Chartismus zum Standard gehört, wird dieser Ansatz für die Parteigeschichtsschreibung nach 1945 kaum verfolgt. Erste Schritte in diese Richtung unternahm Harriet Jones in einem Aufsatz zur Programmatik der Konservativen nach 1945, der die Sprache von »The Industrial Charter«, 1947, analysiert. Diese gilt als Gründungsdokument eines »new Conservatism«, über den die konsensuale Politik der Kriegsjahre in die konservative Politik der Nachkriegszeit transferiert worden sei. Demgegenüber zeigt Jones, dass die darin propagierte Politik sowie die der Charter zugrunde liegende Ideologie in klarer Kontinuität zur Zwischenkriegszeit standen. Bedeutung hatte die Charter daher vor allem, »because it associated Conservatism with progress, prosperity and the new language of civic culture in Britain«. <sup>118</sup>

<sup>114</sup> Vgl. Martin Francis, The Labour Party: Modernisation and the Politics of Restraint, in: Becky Conekin/Frank Mort/Chris Waters (Hrsg.), Moments of Modernity? Reconstructing Britain, 1945–1964, London/New York 1999, S. 152–170.

<sup>115</sup> Black, Political Culture, S. 2 f.

<sup>116</sup> Ebd., S. 154.

<sup>117</sup> Vgl. auch *Black*, >What kind of people are you?<, S. 25.

<sup>118</sup> Harriet Jones, New Conservatism ? The Industrial Charter, Modernity and the Reconstruction of British Conservatism after the War, in: Conekin/Mort/Waters, Moments, S. 171–188, hier: S. 172.

Sie hätte eine alternative, konservative Vision der Zukunft ausgemalt, die der von Labour propagierten und politisch exekutierten entgegengestanden hätte. 119

Aufgrund der Bedeutung, die die »new political history« dem Agieren von Parteifunktionären, -politikern und Intellektuellen zuschreibt und die sie den Parteien als Institutionen der politischen Arena beimisst, zeigen sich auch ihre zeitgeschichtlichen Vertreter und Vertreterinnen von der »relative autonomy of politics« überzeugt. <sup>120</sup> Auch wenn sie damit den Prämissen des »high politics«-Ansatzes nahekommen, unterscheidet sie doch ihr Politikbegriff ganz fundamental von diesem. Denn die Vertreter der zeitgeschichtlichen »new political history« legen ihren Arbeiten einen dynamischen Begriff des Politischen zugrunde. <sup>121</sup> Ihnen geht es darum, die Grenzen des Politischen auszuloten: Ihr Ziel ist es, »to explore and expand the nature of >the political

# Die Geschichte der beiden großen Parteien schreiben: Labour und Tories

Angesichts der Kritik an materialistisch-deterministischen Modellen, von der die »new political history« ihren Ausgang nahm, überrascht es kaum, dass die politikgeschichtlichen Neuansätze in der Zeitgeschichte zuvorderst am Beispiel der Labour Party entwickelt wurden. Dabei rieben sich die Zeithistoriker und -historikerinnen besonders an der Interpretation des marxistischen Politologen Ralph Miliband, für den die Zugehörigkeit zur »working class« die proletarische Identität bestimmte. Er hatte daher Labour vorgeworfen, den Radikalismus, der der Arbeiterschaft inhärent sei, zu zähmen und den Weg zum Sozialismus zu versperren. 123 Dagegen führte vor allem das (neue) Nachdenken über die Labour-Regierungen unter Clement Attlee und Harold Wilson, 1945 bis 1951 beziehungsweise 1964 bis 1970, zu methodischer Innovation. Im Fall Attlees war einerseits der Zweifel an der Konsens-These und dem Mythos der geeinten Kriegsgesellschaft ausschlaggebend, die zur >spirituellen« Erneuerung der Nation unter Labour geführt und eine auf den Ausbau des Wohlfahrtsstaats konzentrierte konsensuale politische Kultur bis in die 1960er Jahre ermöglicht habe; andererseits stellte eine kritische – marxistisch und feministisch inspirierte – Lesart des »Attlee-Governments« etablierte Interpretationen infrage. Im Fall der Wilson-Regierung war der soziale und kulturelle Wandel der 1960er Jahre die historiografische Herausforderung für die Politikgeschichte.

Steven Fielding, Peter Thompson und Nick Tiratsoo verschoben 1995 die historische Aufmerksamkeit konsequent auf »the ordinary people« (und beließen im Nebulösen, was sie damit meinten), auf deren »general views, their electoral choices and the range of factors that may have influenced both«. <sup>124</sup> Sie kamen zu dem Schluss, dass das Problem Labours während der Jahre der Regierung Attlee kein politisch-taktisches gewesen sei, sondern in der Missperzeption der zeitgenössischen Gesellschaft und damit der Wählerschaft gelegen habe. Während Parteiführung und Aktivisten geglaubt hätten, dass »the British people had become uniquely responsive to ethical socialism«, also einem moralisch stark aufgeladenen Konzept, habe die Mehrheit der Wähler schlichtweg eine Rückkehr zu den

<sup>119</sup> Ebd., S. 186.

<sup>120</sup> Vgl. Black, Political Culture, S. 4.

<sup>121</sup> Vgl. ders., >What kind of people are you?<, S. 24.

<sup>122</sup> James McKay/Matthew Hilton, Introduction, in: dies./Nick Crowson (Hrsg.), NGOs in Contemporary Britain. Non-state Actors in Society and Politics since 1945, Basingstoke/New York 2009, S. 1–20, hier: S. 9.

<sup>123</sup> Vgl. Steven Fielding/Peter Thompson/Nick Tiratsoo, »England Arise!«. The Labour Party and Popular Politics in 1940s Britain, Manchester/New York 1995, S. 4. Für eine positive Lesart Milibands plädieren dagegen David Coates/Leo Panitch, The Continuing Relevance of the Milibandian Perspective, in: Callaghan/Fielding/Ludlam, Interpreting, S. 71–85.

<sup>124</sup> Fielding/Thompson/Tiratsoo, »England Arise!«, S. 5.

Vorkriegsverhältnissen ersehnt. Die Wiederkehr der Unsicherheit indes, die sich aus hoher Arbeitslosigkeit und unzureichender sozialer Absicherung gespeist habe, habe durch den Ausbau des Wohlfahrtsstaats verhindert werden sollen. Weder sozioökonomische noch ideelle Faktoren erklärten so den Wahlsieg 1945, sondern pragmatische, materiell begründete Wahlentscheidungen einer heterogenen Arbeiterschicht. Dies zu verstehen, so das Autoren-Trio, sei den idealistisch von einer Gesellschaft ohne »classes« träumenden Labour-Politikern während ihrer Regierungszeit nicht gelungen.

Die ausgelegten Linien führte Steven Fielding in seiner oben erwähnten Studie zu »Labour and Cultural Change« in den 1960er Jahren weiter, die im Rahmen einer dreiteiligen Serie zu den »Labour Governments 1964–1970« publiziert wurde. 127 Zwar distanziert er sich von dem radikalen, auf Sprache und Narrativ fokussierten Konstruktivismus postmoderner Ansätze. Dennoch sieht er großes Potenzial in den neuen Perspektiven, die die Beziehung zwischen Partei und Wählerschaft problematisiert und die Bedeutung von Aushandlungsprozessen demonstriert hätten. Wie Black betont Fielding, dass Perzeption und Sprache dabei eine bedeutende Rolle gespielt hätten, genauso aber auch »established institutional cultures«. 129 In diesem Sinne untersucht er die Diskussionen in der Labour Party und die Politik der »Wilson-Governments« in sechs Feldern, in denen kultureller Wandel zeitgenössisch verortet wurde: Wohlstand und Konsum, dem Wandel der »working class«, Jugend, Frauen, Immigration und Partizipation. Gefangen in Ordnungsmustern der 1930er Jahre, beseelt von dem Glauben an die Integrationskraft der Partei und den Segen der Kontinuität, sei es Labour nur in Ansätzen gelungen, den neuen Anforderungen gerecht zu werden und die sich bietenden Möglichkeiten zu nutzen.

Wie sehr die Auseinandersetzung mit der Politik Labours in den 1960er Jahren von den aktuellen Debatten um »New Labour« geprägt ist, wird besonders an dem von Glen O'Hara und Helen Parr herausgegebenen Sammelband »The Wilson Governments 1964–1970 Reconsidered« deutlich. <sup>130</sup> Im Anschluss an Richard Coopey, Steven Fielding und Nick Tiratsoo, die 1993 eine positivere Sichtweise auf die Regierungszeit Wilsons prägten, als sie bis dahin vorgeherrscht hatte <sup>131</sup>, nehmen sie dessen »modernising agenda« in den Blick und fragen, warum »modernization« zu einem zentralen Projekt der Regierung wurde. <sup>132</sup> Sie argumentieren damit auch gegen die Geschichtskonstruktion New Labours, der die »Wilson-Governments« als Negativfolie dienten. Genau in diesem Jahrzehnt habe »Old Labour« die Chance verpasst, die »Modernisierung« zu akzeptieren und für sich nutzbar zu machen, was letztlich zu 18 Jahren der Opposition geführt und Großbritannien Thatcher beschert habe, so fassen O'Hara und Parr das Geschichtsbild Tony Blairs zugespitzt zusammen. Im Gegensatz dazu argumentieren die Autoren, dass zum einen die Herausforderungen, die sich den Wilson-Regierungen gestellt hätten und vor denen die Blair-Regierung stehe, vergleichbar und dass zum anderen auffällige Kontinuitätslinien

<sup>125</sup> Ebd., S. 214.

<sup>126</sup> Ebd., S. 215 f.

<sup>127</sup> Vgl. The Labour Governments 1964–1970, hrsg. v. *Steven Fielding/John W. Young*, Bd. 1: *Steven Fielding*, Labour and Cultural Change, Bd. 2: *John W. Young*, International Policy, Bd. 3: *Jim Tomlinson*, Economic Policy, Manchester/New York 2003–2004.

<sup>128</sup> Vgl. Steven Fielding, Labour and Cultural Change (The Labour Governments 1964–1970, Bd. 1), Manchester University Press, Manchester/New York 2003, 259 S., brosch., 14,99 £, S. 26 f.; ebenso Fielding, Rethinking, S. 358 f.

<sup>129</sup> Fielding, Labour and Cultural Change, S. 27.

<sup>130</sup> Vgl. Glen O'Hara/Helen Parr (Hrsg.), The Wilson Governments 1964–1970 Reconsidered, London/New York 2006.

<sup>131</sup> Vgl. Richard Coopey/Steven Fielding/Nick Tiratsoo (Hrsg.), The Wilson Governments, 1964–70, London 1993.

<sup>132</sup> O'Hara/Parr, The Wilson Governments, S. x.

zu ziehen seien. 133 Dass die Labour-Historiker und -Historikerinnen eine grundsätzliche Sympathie gegenüber der Labour Party eint, offenbarte der zum 100-jährigen Parteijubiläum im Jahr 2000 von Duncan Tanner, Pat Thane und Nick Tiratsoo herausgegebene Sammelband »Labour's First Century«, der das Projekt »New Labour« in eine historische Perspektive zu setzen sucht und die Perspektiven der »new political history« integriert. 134 Genannt seien in diesem Zusammenhang die Beiträge von Steven Fielding, der die Anstrengungen »New Labours« beleuchtet, sich in die Parteigeschichte einzuschreiben 135 und von Jon Lawrence, der zeigt, wie sehr diese von mythischen Erzählungen getragen ist. 136 Die Rezeption des Bandes machte aber auch deutlich, dass die »new political history« der Labour Party im Rahmen der Labour-Historiografie als Projekt »New Labours« verstanden und dementsprechend angegriffen wurde – und wie politisiert die Parteigeschichtsschreibung auch weiterhin ist. <sup>137</sup> Geoffrey Foote, der seine Abneigung gegenüber den Zielen des Buchs nicht verbarg, warf den Autoren vor, dass ihnen ein kohärentes und intellektuell spannendes Konzept fehle und machte dies als Indikator für die angebliche intellektuelle Krise der postsozialistischen Linken aus. Die »illiberal attitude to thought and debate which is so characteristic of New Labour« sei in einigen Beiträgen des Bandes mit Händen zu greifen. <sup>138</sup> Die Antwort der Herausgeber fiel nicht weniger polemisch aus: Foote sei ein »champion of ›Old Labour‹«, dessen politische Verblendung eine faire und differenzierte Auseinandersetzung mit dem Buch verhindere. 139

Während die »new political history« in die Geschichte Labours nach 1945 auffällige Schneisen geschlagen hat, dominieren in der oft parteinahen Geschichtsschreibung zu den britischen Konservativen eher traditionelle Herangehensweisen des »high politics«-Ansatzes. 140 Dabei zeigen etwa die oben erwähnten Aufsätze von E. H. H. Green, Harriet Jones und Ina Zweiniger-Bargielowska, wie lohnenswert eine erweiterte Perspektive auf das Politische sein kann. Dass viele der Konservatismus-Forscher, die sich einem dynamischen Politikbegriff verschrieben haben, zunächst zur Labour Party gearbeitet haben, ist kein Zufall. Das Feld wurde 1996 von dem bereits genannten Sammelband von Martin Francis und Ina Zweiniger-Bargielowska markiert. Den Ansätzen der »new political history« verpflichtet, analysieren die Autoren »the dynamic and complex relationship« von Partei und Gesellschaft und stellen dabei besonders die Bedeutung von »ideology, na-

<sup>133</sup> Glen O'Hara/Helen Parr, Conclusions: Harold Wilson's 1964–70 Governments and the Heritage of New Labour, in: dies., The Wilson Governments, S. 171–183; die ersten Wilson-Regierungen untersucht ebenfalls Peter Dorey (Hrsg.), The Labour Governments 1964–1970, London/New York 2006.

<sup>134</sup> Vgl. *Duncan Tanner/Pat Thane/Nick Tiratsoo* (Hrsg.), Labour's First Century, Cambridge 2000

<sup>135</sup> Vgl. Steven Fielding, New Labour and the Past, in: Tanner/Thane/Tiratsoo, Labour's First Century, S. 367–392.

<sup>136</sup> Vgl. *Jon Lawrence*, Labour – the Myths It Has Lived By, in: *Tanner/Thane/Tiratsoo*, Labour's First Century, S. 341–366.

<sup>137</sup> Vgl. dazu vor allem Callaghan/Fielding/Ludlam, Interpreting.

<sup>138</sup> Geoffrey Foote, Review of »Labour's First Century«, Review No. 189, in: Reviews in History, URL: <a href="http://www.history.ac.uk/reviews/review/189">http://www.history.ac.uk/reviews/review/189</a> [7.4.2010].

<sup>139</sup> Author's Response to Review No. 189, in: Reviews in History, URL: <a href="http://www.history.ac.uk/reviews/review/189/response">http://www.history.ac.uk/reviews/review/189/response</a>> [7.4.2010].

<sup>140</sup> Vgl. John Ramsden, The Age of Churchill and Eden, 1940–1957 (A History of the Conservative Party), London/New York 1995; ders., The Winds of Change: Macmillan to Heath, 1957–1975 (A History of the Conservative Party), London/New York 1996; Anthony Seldon/Stuart Ball (Hrsg.), Conservative Century. The Conservative Party since 1900, Oxford 1994; dies. (Hrsg.), Recovering Power. The Conservatives in Opposition since 1867, Basingstoke/New York 2005; dies. (Hrsg.), The Heath Government 1970–1974. A Reappraisal, London/New York 1996.

tional and ethnic identity as well as gender« heraus. <sup>141</sup> Sie relativieren damit erstens den Einfluss von »class« und verstehen Ideologie zweitens im Gegensatz zur herkömmlichen Parteien- und Ideengeschichtsschreibung als Kommunikationsmittel zwischen der Partei und ihrer Wählerschaft. Ideologie und Identität kommt in diesem Verständnis mehr als die Funktion eines bloßen Rahmens zu, innerhalb dessen Politik gemacht wird; vielmehr beeinflussen sie in entscheidendem Maße die Gestalt dieser Politik selbst. <sup>142</sup> Stephen Brookes Aufsatz zur Auseinandersetzung mit der Immigration innerhalb der Conservative Party zwischen 1948 und 1968 zeigt den komplexen Zusammenhang von nationaler Identitätskonstruktion und Immigrationspolitik. Obschon in den innerparteilichen Debatten in den 1950er Jahren durchaus Modelle einer »multiracial nation at home« präsent gewesen seien, habe es die Partei im darauffolgenden Jahrzehnt versäumt, diese zu stärken und eine post-imperiale nationale Identität des »multiracialism« zu entwickeln. Stattdessen hätten jene Stimmen eine Plattform erhalten, die die Konzeption einer »uniracial and homogeneous community, a white Britain« vertreten und die sich schließlich durchgesetzt hätten. <sup>143</sup>

Obwohl es sich auch der Band »Mass Conservatism. The Conservatives and the Public since the 1880s«, herausgegeben von Stuart Ball und Ian Holliday, zur Aufgabe gemacht hatte, dem Verhältnis von Partei und Öffentlichkeit nachzugehen, meinten sowohl Herausgeber als auch Autoren in klarer Abgrenzung zum Band von Zweiniger-Bargielowska und Francis, ohne einen methodisch reflektierten Ansatz auskommen zu können. 144 Nichtsdestoweniger lenkten einige Autoren die Aufmerksamkeit auf Felder, die in einer auf die Politik großer Männer ausgerichteten Historiografie bislang nicht vorgekommen waren. Genannt seien Andrew Taylors Aufsatz zu massenmedialen Kommunikationsstrategien und dem Einsatz der Meinungsforschung von den 1920er bis in die 1950er Jahre<sup>145</sup> sowie Paul Martins Analyse des »Popular Conservatism« während des Attlee-Governments. Er konzentriert sich auf zwei Vorfeldorganisationen der Conservative Party: die »British Housewives League« und den »Vermin Club«, eine antisozialistische Sammlungsplattform der späten 1940er Jahre. Dabei kann er einen entscheidenden Wandel der politischen Kultur der Partei herausarbeiten: »the respectable Tory-voting middle classes found themselves adopting the street and platform cultures more usually associated with workingclass and extremist politics.«1

Methodisch reflektiert nähert sich dagegen Lawrence Black in einem Aufsatz im »Historical Journal« der Kultur der Conservative Party der 1950er und 1960er Jahre, indem er die »Young Conservatives« untersucht. Obwohl – oder gerade weil – diese einen ›un-politischen« Charakter gepflegt und mehr als »social club« denn als Teil der Partei gegolten hätten, sei der Einfluss der konservativen Jugendorganisation durch die Prägung von Lebensstilen und die Vermittlung einer konservativen Weltsicht in den 1950er Jahren groß gewesen. Um diese sich unpolitisch gebende alltägliche »political practice« zu er-

<sup>141</sup> Martin Francis/Ina Zweiniger-Bargielowska, Introduction, in: dies. (Hrsg.), Conservatives and British Society, S. 1–16, hier: S. 3 f.

<sup>142</sup> Ebd., S. 7.

<sup>143</sup> Stephen Brooke, The Conservative Party, Immigration and National Identity, 1948–1068, in: Francis/Zweiniger-Bargielowska, Conservatives and British Society, S. 147–170.

<sup>144</sup> Explizit: Stuart Ball/Ian Holliday, Mass Conservatism: An Introduction, in: dies. (Hrsg.), Mass Conservatism. The Conservatives and the Public since the 1880s, London/Portland etc. 2002, S. 1–15, hier: S. 4: »In this instance, however, no particular methodology or theory has been prescribed, and the link between the essays is provided by the topic rather than the approach.«

<sup>145</sup> Andrew Taylor, Speaking to Democracy: The Conservative Party and Mass Opinion from the 1920s to the 1950s, in: *Ball/Holliday*, Mass Conservatism, S. 78–99.

<sup>146</sup> Paul Martin, Echoes in the Wilderness: British Popular Conservatism, 1945–1951, in: Ball/Holliday, Mass Conservatism, S. 120–138, hier: S. 135.

fassen<sup>147</sup>, arbeitet Black mit einem von Raphael Samuel für den britischen Kommunismus erstmals 1985 entwickelten Ansatz – im Übrigen nach Steven Fielding einem der »founding texts« der »new political history«. <sup>148</sup> Black analysiert die »symbolic meanings of politics and the mentalities of participants«, um durch »[c]ollapsing boundaries between political and cultural history« schließlich »the very category of >the political<« neu zu bestimmen. <sup>149</sup> Auf diese Weise gelingt ihm eine weitreichende Interpretation des starken Mitgliederrückgangs und der gleichzeitigen Politisierung der »Young Conservatives« im Laufe der 1960er Jahre. Mit der »expansion of the parameters of >the political</ >(« habe eine politische Praxis des vorgeblich Unpolitischen, die in der Zwischenkriegszeit wurzelte, ihre Glaubwürdigkeit verloren. Die »Young Conservatives« hätten daran selbst Anteil gehabt, seien vom sozialen und kulturellen Wandel nicht einfach hinweggefegt worden, sondern hätten diesen aktiv mitgestaltet. Damit hätten sie aber auch die Basis unterminiert, auf der ihre Praktiken und ihre Sprache erfolgreich gewesen seien. <sup>150</sup>

Während Blacks Aufsatz einen vielversprechenden Weg zur Analyse der politischen Kultur der britischen Konservativen weist, erproben andere Historiker Neuansätze im traditionellen Feld der Parteiengeschichte: dem von Parteielite und obersten Regierungsinstanzen. Philip Williamsons Biografie Stanley Baldwins definiert ein traditionelles Genre neu, indem sie sich auf die mediale und kommunikative Konstruktion des Politikers, auf seine »public personality« konzentriert und auf diese Weise die politische Kultur der Zwischenkriegszeit aufzuschließen vermag. Selbst wenn das Buch nicht den hier zu besprechenden Zeitraum betrifft, so verdient es ob seiner impulsgebenden Bedeutung doch zumindest Erwähnung. 151 Martin Francis führt seine Interpretation einer das Nachkriegsjahrzehnt dominierenden »culture of restraint« weiter und untersucht die »emotional economy« der konservativen Premierminister Winston Churchill, Anthony Eden und Harold Macmillan mit dem Ziel, Kategorien wie »gender, sexuality, and national identity« in »the largely closed field of »high politics«« einzuführen. 152 Ihn interessieren die dominierenden Codes einer männlichen »emotional culture« in den 1950er Jahren<sup>153</sup>, in deren Verlauf eine Kultur der Selbstdisziplin, verknüpft mit Entwürfen von Männlichkeit und »white Englishness«, nach und nach von einer solchen der Selbstdarstellung abgelöst worden sei. 154 Mit dem gesellschaftlichen Wandel weg von »austerity and restraint« hin zu »materialism and affluence« und der konservativen Wahrnehmung, Deutung und dem politischen Umgang mit diesem Wandel setzt sich auch die Studie von Mark Jarvis auseinander, der die Debatten und Gesetzesinitiativen der Regierungen Harold Macmillans zwischen 1957 und 1964 in jenen Bereichen untersucht, in denen sich der kulturelle Wandel für die Zeitgenossen am deutlichsten manifestierte: Kriminalität, körperliche Strafen, Spiel und Alkoholgenuss, Pornografie, Fernsehen und privates Radio. Dem zugrunde habe ein Dilemma der Konservativen gelegen: Auf der einen Seite seien sie dem offensichtlichen Wandel ambivalent gegenübergestanden, hätten etwa den Verlust christlicher Kul-

<sup>147</sup> Lawrence Black, The Lost World of Young Conservatism, in: The Historical Journal 51, 2008, S. 991–1024, hier: S. 1022.

<sup>148</sup> Fielding, Looking, S. 518; Raphael Samuel, The Lost World of British Communism, in: New Left Review I/154, 1985, S. 3–53; neuerdings ders., The Lost World of British Communism, London 2007.

<sup>149</sup> Black, The Lost World, S. 995.

<sup>150</sup> Ebd., S. 1024.

<sup>150</sup> Edd., 5. 1621.
151 Philip Williamson, Stanley Baldwin. Conservative Leadership and National Values, Cambridge 1999, Zitat S. 13 (Herv. i. O.).

<sup>152</sup> Martin Francis, Tears, Tantrums, and Bared Teeth: The Emotional Economy of Three Conservative Prime Ministers, 1951–1963, in: The Journal of British Studies 41, 2002, S. 354–387, hier: S. 355.

<sup>153</sup> Ebd.

<sup>154</sup> Ebd., S. 358.

tur und gesellschaftlicher Solidarität gefürchtet; auf der anderen Seite hätten sie sich als progressive Kraft präsentieren müssen, um Wahlen zu gewinnen. Die liberalisierenden Vorstöße der Macmillan-Regierungen hätten den Weg für die Agenda Harold Wilsons bereitet – eine Tatsache, die die eigene Partei und der politische Gegner gleichermaßen später gern vergessen hätten. 155

Die Parteien neu vermessen: Potenziale eines dynamischen Politikbegriffs

Entscheidend inspiriert wurden die neuen Perspektiven auf die Geschichte des Politischen nach 1945 sicherlich von den theoretischen und methodischen Neuansätzen zur Geschichte des 19. Jahrhunderts; in gleichem Maße aber sind sie durch die Auseinandersetzung mit Themen bedingt, ohne die eine politische Geschichte nach 1945 kaum geschrieben werden kann. Besonders zunehmender Wohlstand und Konsum<sup>156</sup>, die gewandelte Funktion der Medien<sup>157</sup>, neue Mitspieler im politischen System wie Thinktanks, externe Politikberater oder Bürgerbewegungen<sup>158</sup>, die Kultur des Kalten Kriegs<sup>159</sup>, Dekolonisation und Immigration aus dem Commonwealth<sup>160</sup> oder Entkirchlichung und Pluralisierung des Religiösen<sup>161</sup> ließen sich in ihrer politischen Wirkung kaum mehr in den herkömmlichen Kategorien der Geschichte des Politischen fassen. Einen wichtigen Beitrag zur Auflösung der dominierenden Interpretationen leistete der von Becky Conekin, Frank Mort und Chris Waters 1999 herausgegebene Sammelband »Moments of Modernity? Reconstructing Britain, 1945–1964«, der sich aus kulturhistorischer Perspektive zur Aufgabe gemacht hat, der Idee der Moderne als Schlüsselbegriff und allgemeiner Referenzgröße der ersten

<sup>155</sup> Mark Jarvis, Conservative Governments, Morality and Social Change in Affluent Britain, 1957–1964, Manchester University Press, Manchester/New York 2005, 187 S., geb., 50,00 £.

<sup>156</sup> Vgl. Lawrence Black/Hugh Pemberton (Hrsg.), An Affluent Society? Britain's Post-War >Golden Age (Revisited, Aldershot/Burlington 2004; Lawrence Black, Crosland's Consumer Politics, in: Kerstin Brückweh (Hrsg.), The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere, Oxford 2010 (i. V.); Frank Trentmann (Hrsg.), The Making of the Consumer: Knowledge, Power and Identity in the Modern World, Oxford/New York 2006; Mark Bevir/Frank Trentmann (Hrsg.), Governance, Citizens, and Consumers: Agency and Resistance in Contemporary Politics, Basingstoke 2007.

<sup>157</sup> Vgl. *Martin Moore*, The Origins of Modern Spin. Democratic Government and the Media in Britain, 1945–1951, Basingstoke / New York 2006; *James Thomas*, Popular Newspapers, the Labour Party and British Politics (British Politics and Society), Routledge, Abingdon/New York 2005, 222 S., geb., 95,00 £; neuerdings vor allem *Jon Lawrence*, Electing Our Masters. The Hustings in British Politics from Hogarth to Blair, Oxford University Press, Oxford/New York 2009, 328 S., geb., 32,00 £, der den Wandel der Kommunikationsformen zwischen Wählerschaft und Politikern vom 18. Jahrhundert bis in die Gegenwart untersucht und für die Zeitgeschichte besonders auf die Bedeutung des Fernsehens abhebt.

<sup>158</sup> Vgl. Michael Kandiah/Anthony Seldon, Ideas and Think Tanks in Contemporary Britain, London 1996; Andrew Denham/Mark Garnett, The Nature and Impact of Think Tanks in Contemporary Britain, in: Contemporary British History 10, 1996, S. 43–61; Holger Nehring, The Growth of Social Movements, in: Addison/Jones, Companion, S. 389–406.

<sup>159</sup> Vgl. im Überblick Harriet Jones, The Impact of the Cold War, in: Addison/Jones, Companion, S. 23–41.

<sup>160</sup> Vgl. im Überblick Wendy Webster, Immigration and Racism, in: Addison/Jones, Companion, S. 93–109; außerdem für die Rechte Anna Marie Smith, New Right Discourse on Race and Sexuality, Cambridge 1994.

<sup>161</sup> Vgl. Jane Garnett/Matthew Grimley/Alana Harris u. a. (Hrsg.), Redefining Christian Britain: Post-1945 Perspectives, London 2006; McLeod, Religious Crisis; Philip M. Coupland, Britannia, Europe and Christendom. British Christians and European Integration, Basingstoke 2006.

beiden Nachkriegsjahrzehnte nachzugehen. <sup>162</sup> Die Herausgeber interessierten sich dabei unter anderem für die Konstruktion des Individuums und den Wandel von Formen »of reflexively organised selfhood« und sparten im Rückgriff auf Michel Foucault das Politische nicht aus. <sup>163</sup> Neben neuen Themen brachen aber auch Zweifel an den beiden großen Erzählungen der britischen Zeitgeschichte – an »consensus« und »decline« – die Politikgeschichtsgeschichtsschreibung auf. Sowohl die Interpretation der 1940er bis 1960er Jahre, die angeblich von einem kollektiven, parteiübergreifenden Willen zum Ausbau des Wohlfahrtsstaats, vom nationalen »consensus«, geprägt gewesen seien, der wiederum im Gemeinschaftserlebnis des Zweiten Weltkriegs entstanden sei <sup>164</sup>, als auch die Interpretation britischer Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg als stetigen und unaufhaltsamen Verfall (»decline«) einstiger Größe <sup>165</sup>, wurden unter anderem dadurch infrage gestellt, dass »consensus« und »decline« als Erzählungen und Mythen verstanden und auf ihre politische Funktion hin befragt wurden. <sup>166</sup>

Die Weitung des Politikbegriffs implizierte zunächst eine Weitung der Untersuchungsbereiche der Parteiengeschichte und verlangte ihr neue Methoden ab. Zu beobachten ist nun aber auch, wie eine geweitete Vorstellung vom Politischen sowohl die Rolle der Parteien seit 1945 selbst relativiert als auch die andere traditionelle Kategorie der Politikgeschichtsschreibung, den Staat, entscheidend dynamisiert. Der 1996 erschienene Sammelband »The Boundaries of the State in Modern Britain«, herausgegeben von S. J. D. Green und R. C. Whiting, stieß die Diskussion an. 167 Der kürzlich von Nick Crowson, Matthew Hilton und James McKay herausgegebene Sammelband »NGOs in Contemporary Britain«, der aus einem größer angelegten Forschungsprojekt an der University of Birmingham hervorgeht<sup>168</sup>, weist offensiv in diese Richtung, fordert gar ein »new historical paradigm«. <sup>169</sup> Um die Rolle und den Einfluss von Non-Governmental Organizations, von den Herausgebern sehr weit definiert als »those bodies seeking or exerting socio-political influence, while belonging to neither the government nor the business sectors«17 messen erfassen zu können, sei ein dynamischer Begriff des Politischen nötig. Denn der hauptsächliche Beitrag der NGOs in der »socio-political sphere« liege in der Konzeptualisierung und Diskussion von Themen begründet, im Agenda-Setting und der Ideenproduktion. <sup>171</sup> Die Beiträge des Bandes unterstreichen das Agieren der NGOs im politischen Raum in beeindruckender Weise, sie zeigen aber auch, wie sehr besonders seit der Regierungszeit Thatchers NGOs und britischer Staat verwoben wurden. Insbesondere im

<sup>162</sup> Becky Conekin/Frank Mort/Chris Waters, Introduction, in: dies., Moments of Modernity?, S. 1–21, hier: S. 10.

<sup>163</sup> Ebd., S. 11 f.

<sup>164</sup> Für die »consensus«-Interpretation wirkmächtig: Paul Addison, The Road to 1945. British Politics and the Second World War, London 1975.

<sup>165</sup> Vgl. die Debatte zu »decline« im kurzen Überblick: Jim Tomlinson, Economic ›Decline« in Post-War Britain, in: Addison/Jones, Companion, S. 164–179; Richard English/Michael Kenny (Hrsg.), Rethinking British Decline, Basingstoke 2000; Jim Tomlinson, The Politics of Decline. Understanding Post-war Britain, London 2000.

<sup>166</sup> Vgl. Harriet Jones/Michael Kandiah (Hrsg.), The Myth of Consensus. New Views on British History, 1945–1964, Basingstoke/New York 1996; Lawrence Black/Michael Dawswell/Zoë Doye u. a., Consensus or Coercion? The State, the People and Social Cohesion in Post-war Britain, Gretton 2001; English/Kenny, Rethinking; Tomlinson, Politics.

<sup>167</sup> Vgl. S. J. D. Green/R. C. Whiting, The Boundaries of the State in Modern Britain, Cambridge 1996.

<sup>168</sup> Vgl. NGO UK, Non-Governmental Organisations 1945–97, URL: <a href="http://www.ngo.bham.ac.uk">http://www.ngo.bham.ac.uk</a> [10.4.2010].

<sup>169</sup> McKay/Hilton, Introduction, S. 3.

<sup>170</sup> Ebd., S. 4.

<sup>171</sup> Ebd., S. 17.

Bereich sozialer und gesundheitlicher Fürsorge wurde diese Entwicklung im Sinne des Governance-Paradigmas vorangetrieben<sup>172</sup>, aber etwa auch die Anstrengungen des nordirischen Friedensprozesses waren davon entscheidend geprägt.<sup>173</sup> Während politik- und sozialwissenschaftliche Studien zu den Konsequenzen des Governance-Paradigmas für den britischen Staat seit Längerem vorliegen, verspricht eine genuin historische Analyse in jedem Falle interessante Neubewertungen.<sup>174</sup> Für eine erneuerte Sicht auf die Geschichte von Staatlichkeit und staatlicher Verwaltung beispielhaft sind die Arbeiten von Hugh Pemberton und Glen O'Hara, die beide auf die 1960er Jahre fokussieren. Pembertons »Policy Learning and British Governance in the 1960s« untersucht die Wirtschaftspolitik, O'Haras »From Dreams to Disillusionment« beschäftigt sich mit dem »planning moment«, der auch die britische Politik erfasst hatte und dessen Hoffnungen genau wie anderswo grandios enttäuscht wurden.<sup>175</sup>

Für die Parteiengeschichtsschreibung öffnet eine solche Neukonzeption des Staats, die diesen als Teil des politischen Raums versteht, interessante Fragehorizonte. Welche Bedeutung hatte die zunehmende Verflechtung von NGOs, Privatunternehmen und britischem Staat seit den 1980er Jahren für die Parteien auf allen Ebenen ihres Agierens? Wie beeinflusste der Siegeszug der Expertenkultur die Meinungsbildung innerhalb der Parteien? Welche Auswirkungen hatten zunehmende internationale Verflechtung und Europäisierung für die vornehmlich im nationalen Rahmen agierenden Parteien? Diesen Fragen wären noch viele hinzuzusetzen. Sie verweisen in jedem Fall auf die heuristische Kraft des methodischen Experimentierens in der zeitgeschichtlichen Parteiengeschichtsschreibung seit Mitte der 1990er Jahre. Der Zweifel an einem deterministischen Verständnis von »class« gehört, wie oben ausgeführt, zu ihren Grundsätzen. Doch trotz aller Abgrenzungsbemühungen stand und steht »class« zumeist als negativer Referenzpunkt im Zentrum der Suche nach einer »new political history«. Mehr noch: Wenn sich ihre Vertreter ganz grundsätzlich von der Dichotomie von »party« und »the people« leiten lassen, bleibt ihr Fragen den Kategorien des »class«-Konzepts verhaftet. Die offensichtliche Insularität der Forschung zur britischen Parteiengeschichte hat auch darin ihren Grund: Die angebliche Spezifik des britischen Falls scheint den Vergleich von vornherein obsolet zu machen. <sup>176</sup> Auch hier liegt eine der großen Aufgaben einer erneuerten Parteiengeschichtsschreibung. <sup>177</sup>

<sup>172</sup> Vgl. Alex Mold, The Changing Role of NGOs in Britain: Voluntary Action and Illegal Drugs, in: Crowson/Hilton/McKay, NGOs, S. 164–181.

<sup>173</sup> Vgl. Audra Mitchell, NGOs and the State. Transforming a Divided Civil Society? Governance, Conflict Transformation and NGOs in Northern Ireland, 1970–2000, in: Crowson/Hilton/ McKay, NGOs, S. 242–260.

<sup>174</sup> Für die Politikwissenschaften vgl. vor allem *R.A.W. Rhodes* (Hrsg.), Transforming British Government, Bd. 1: Changing Institutions, London 2000; für die Sozialwissenschaften zum Beispiel *Peter Miller/Nikolas Rose*, Governing the Present. Administering Economic, Social and Personal Life, Cambridge/Malden 2008; für die Erneuerung der Verwaltungsgeschichte plädiert *Rodney Lowe*, Of Mice and Men: Constructing an Administrative History of Twentieth-century Britain, in: Twentieth Century British History 16, 2005, S. 103–115.

<sup>175</sup> Glen O'Hara, From Dreams to Disillusionment. Economic and Social Planning in 1960s Britain, Basingstoke/New York 2007, Zitat S. 1.

<sup>176</sup> Vgl. Stefan Berger, Labour in Comparative Perspective, in: Tanner/Thane/Tiratsoo, Labour's First Century, S. 309–340, hier: S. 309 f., dessen Aufsatz eine Ausnahme in der Parteiengeschichtsschreibung darstellt.

<sup>177</sup> Vgl. das Plädoyer Peter Catteralls für eine Öffnung der britischen Zeitgeschichtsschreibung für internationale Perspektiven und Vergleiche: *Peter Catterall*, Contemporary British History: A Personal View, in: Contemporary British History 16, 2002, S. 1–10.

# III. AUSBLICK

Vergleicht man den Stand der Diskussion und Forschung zu einer erneuerten Historiografie des Politischen in Großbritannien und Deutschland, fällt auf, dass die britische zeitgeschichtliche Debatte zum einen stark auf die institutionalisierten Agenten von Politik konzentriert ist, sich in erster Linie also an den Parteien abarbeitet, und zum anderen das Problem der Vermittlung von Politik in ihrem Zentrum steht. Die deutsche Forschung orientiert sich dagegen an einem sehr weiten Verständnis von »Politik«. Das gilt insbesondere für die Bielefelder Konzeption von Politikgeschichte, für die Kommunikation dann als politisch gilt, »wenn sie auf kollektive Handlungseinheiten Bezug nimmt, Regeln des Zusammenlebens, Machtverhältnisse oder Grenzen des jeweils Sag- und Machbaren thematisiert und Breitenwirkung, Nachhaltigkeit und Verbindlichkeit besitzt, beansprucht oder zuerkannt erhält«. <sup>178</sup> Das darauf aufbauende Forschungsprogramm nimmt denn auch eine Vielzahl von politischen Spielern, Handlungsfeldern und Modi in den Blick, worunter die etablierten politischen Institutionen als eine unter vielen Möglichkeiten politischen Handelns fungieren.

Zwar liegt der zeitgeschichtlichen »new political history« ein ganz ähnliches Politikverständnis zugrunde, das an der Geschichte des 19. Jahrhunderts entwickelt wurde, doch verhindert die Fokussierung der methodischen Diskussion in der Zeitgeschichte auf die Parteiengeschichte bislang eine ähnliche forschungspraktische Expansion und Thematisierung des Politischen wie dies in Deutschland zu beobachten ist. Allerdings wirken die parteiengeschichtlichen Arbeiten impulsgebend, wie sich an der Aneignung des Politikbegriffs der »new political history« durch das NGO-Projekt anschaulich zeigt. Die Debatte um »class« stellt, wie oben ausgeführt, eine weitere solche Anschlussmöglichkeit zur Verfügung. Dagegen wurde das Instrumentarium, das ein dynamisches Verständnis des Politischen bereitstellt, an der Geschichte der deutschen Parteien noch kaum erprobt. Von der britischen Aufmerksamkeit für deren Rolle im politischen System und den am Beispiel von Labour und Tories entwickelten Methoden, um das Verhältnis von Wählerschaft und Parteien zu verstehen, könnte die deutsche zeithistorische Forschung profitieren. <sup>179</sup>

Demgegenüber hat die britische Forschung bislang Prozessen der Verwissenschaftlichung von Politik und der Einbindung von Experten in politische Entscheidungsprozesse kaum Aufmerksamkeit geschenkt, während sich die deutsche Forschung seit einigen Jahren intensiv damit auseinandersetzt. Dies hat seinen Niederschlag zum Beispiel in den bereits erwähnten Arbeiten zur Meinungsforschung, aber auch in solchen zur Politikberatung<sup>180</sup> gefunden. Einen fruchtbaren Weg scheint das interdisziplinäre Austesten der Grenzen des Politischen somit an weniger offensichtlichen, aber wirkmächtigen Feldern zu

<sup>178</sup> Steinmetz, Neue Wege, S. 15.

<sup>179</sup> Die Forschung zum Wandel des politischen Raums seit den 1970er Jahren scheint sich nun auch in der Auseinandersetzung mit deutschen Parteien und ihrer Geschichte niederzuschlagen: vgl. zum Beispiel das Tübinger Projekt von Silke Mende zu den Grünen.

<sup>180</sup> Vgl. Stefan Fisch/Wilfried Rudloff (Hrsg.), Experten und Politik. Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Berlin 2004; Michael Hascher, Politikberatung durch Experten. Das Beispiel der deutschen Verkehrspolitik im 19. und 20. Jahrhundert, Frankfurt am Main/New York 2006; Tim Schanetzky, Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982, Berlin 2007; Alexander Nützenadel, Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949–1974, Göttingen 2005; Gabriele Metzler, Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft, Paderborn 2005. Die britische Forschung ist – auch wenn sie sich als historisch bezeichnet – eher sozial- und politikwissenschaftlich orientiert; vgl. Martin Bulmer (Hrsg.), Essays on the History of British Sociological Research, Cambridge 1985.

weisen. Ein Beispiel dafür ist die oben erwähnte Geschichte sozialwissenschaftlicher Klassifizierungen der britischen Gesellschaft im Rahmen politischen Handelns.

Ein dynamisches Verständnis des Politischen fordert zudem zu transnationalen Perspektiven auf, und dies zumal in der Zeitgeschichtsforschung. Vergleichende oder transfergeschichtliche Arbeiten sind in der britischen Forschungslandschaft rar. <sup>181</sup> Gerade auf diese Weise könnte aber auch der methodische Austausch verstärkt werden.

Vergegenwärtigt man sich noch einmal die Schwerpunktsetzung der »new political history« innerhalb der britischen Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert, so fällt auf, dass diese sehr viel stärker vom »linguistic turn« geprägt ist als die Zeitgeschichtsschreibung. Dabei versprechen begriffs- und sprachgeschichtliche Perspektiven oder Untersuchungen zur Bedeutung einheitsstiftender Narrative für die britische Geschichte nach 1945 interessante Ergebnisse. Sie wären dazu angetan, die Parteien- für die Diskursgeschichte zu öffnen und deren oft unreflektierten Umgang mit Kategorien wie »the people«, »the masses«, »the grassroots« oder auch »class« zu problematisieren. Gleichzeitig eröffnen die an der Geschichte des 19. Jahrhunderts erprobten Ansätze zu politischem Symbol und Ritual auch für die Zeitgeschichte neue Fragehorizonte, wie etwa Martin Francis' Arbeiten zur »culture of restraint« gezeigt haben.

Die »new political history« hat die Periodisierung der britischen Geschichte des 20. Jahrhunderts nicht infrage gestellt – 1939 beziehungsweise 1945 gilt für viele Arbeiten auch weiterhin als politikgeschichtliche Zäsur. 182 Ausschlaggebend ist in dieser Hinsicht die Bedeutung, die dem Zweiten Weltkrieg für die Gestaltung der Nachkriegsordnung zugemessen wird. 183 Doch weisen neuere Arbeiten der Parteiengeschichte auf alternative Periodisierungen hin: Lawrence Black sieht die »Young Conservatives« der 1950er Jahre von Praktiken und Weltbildern beeinflusst, die ihren Ursprung in der Zwischenkriegszeit hatten und in den 1960er an ihr Ende kamen; Harriet Jones entlarvt den »new Conservatism«, mit dem die Industrial Charter eng verbunden ist, als rhetorische Figur und einflussreiches Narrativ, indem sie auf ideologische Kontinuitäten aus den 1920er Jahren aufmerksam macht. 184 Arbeiten zu »class« und »Britishness«/»Englishness« haben sich weitgehend vom etablierten politikgeschichtlichen Narrativ gelöst und setzen die historische Zäsur in den 1880er Jahren. Gleichzeitig rücken die 1960er und 1970er Jahre als Zeit entscheidender Weichenstellung ins Zentrum zeithistorischer Aufmerksamkeit. 185 Ob dies schließlich tatsächlich zu einer alternativen Periodisierung des 20. Jahrhunderts führt, darauf darf man gespannt sein. Gespannt sein darf man auch, ob die britische Forschung zur Zeitgeschichte des Politischen in ihrer Insularität verharrt oder die britische Geschichte nach 1945 zukünftig tatsächlich stärker im Zusammenhang europäischer und transatlantischer Entwicklungen diskutiert wird. Die Zeiten bleiben also aufregend.

<sup>181</sup> Vgl. auch Geppert, Großbritannien seit 1979, S. 81.

<sup>182</sup> Vgl. dazu auch ebd., S. 63.

<sup>183</sup> Vgl. zusammenfassend Paul Addison, The Impact of Second World War, in: ders./Jones, Companion, S. 3–22.

<sup>184</sup> Vgl. Black, Lost World; Jones, New Conservatism.

<sup>185</sup> Vgl. Andy Beckett, When the Lights Went Out. Britain in the Seventies, London 2009.